

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 135 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 4/2006 · VOM 31. MÄRZ 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Kinderland
ist noch nicht abgebrannt**
Zur Schließung der Kita »Spatzennest«

12 | **Selbstbestimmt,
ökologisch, solidarisch**
Die Kommune ÖkoLeA Klosterdorf

**Wir brauchen ein neues
Wasserbewußtsein**
BBP-Beilage

Neue Spendenaffäre in Eberswalde?

Stadtwerke-Anteilsverkauf und Spenden in zeitlicher Nähe – Dr. Spangenberg (AfW) glaubt nicht an Zufälle.

Eberswalde (bbp). In der am 23. März den Stadtverordneten übergebenen Deckblätter der Jahresrechnung 2005 heißt es: »Mehreinnahmen gab es im Bereich Spenden. Hierzu folgt ein gesonderter Spendenbericht entsprechend des Beschlusses 22-306/05 vom 14.12.2005.« Daß es sich bei diesen Spenden keineswegs um »Peanuts« handelt, ergaben Nachfragen, die der Stadtverordnete der Allianz freier Wähler (AfW) Dr. Günther Spangenberg nach Hinweisen eines Eberswalder Bürgers bei den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung stellte.

Demnach überwies u.a. die EWE Aktiengesellschaft am 9. Mai 2005 eine Spende in Höhe von 200.000 Euro an die Stadt. Für die Spende war eine gegliederte Zweckbestimmung angegeben. So sollten u.a. 140.000 Euro für die Förderung von Kindern, Jugend und Sport ausgegeben werden. Auch von der e.dis AG, so war zu erfahren, sei eine Spende in Höhe von 25.000 Euro eingegangen.

Überplan- und außerplanmäßige Ausgaben werden gemäß Haushaltssatzung ab 50.000 Euro vom Hauptausschuß und über 100.000 Euro durch die StVV entschieden. Laut Auskunft der Stadtverwaltung gelte es diese Begrenzungen aber nur für »Eigenmittel«.

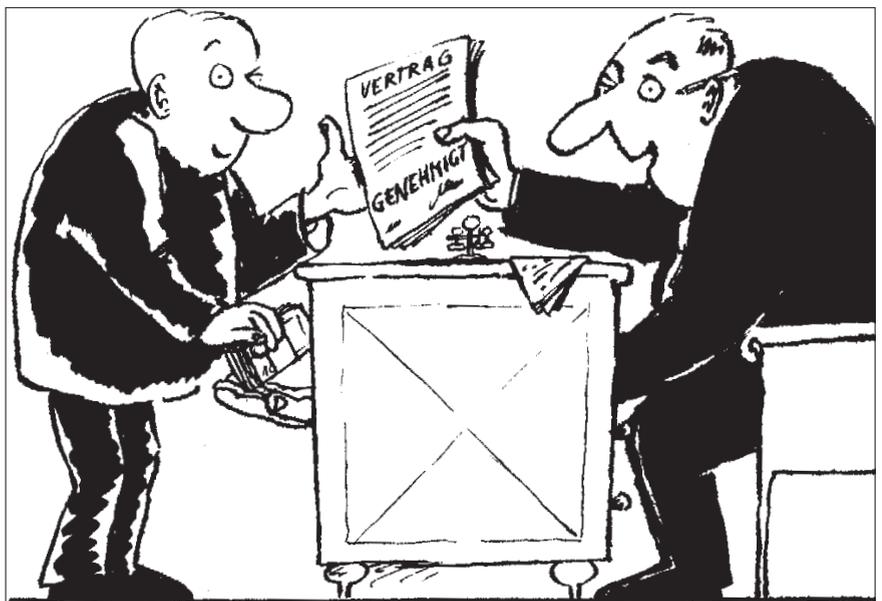
Spenden seien wie Fördermittel zu behandeln, für die solche Obergrenzen nicht gelten.

Die konkrete Verteilung der Spenden blieb also allein dem Bürgermeister überlassen. Die zuständigen Fachgremien der StVV wurden nicht einmal informiert.

Die Information der Volksvertreter soll nun – fast ein Jahr nachdem die Gelder flossen – mittels des Spendenberichtes erfolgen, den die Stadtfraktion der PDS im Herbst 2005 gefordert hatte, nachdem in der Presse über die dubiose Spendenverwendung für luxuriöse Dienstfahrzeuge berichtet worden war.

Die mangelnde Information und die Frage der persönlichen Verfügung durch den inzwischen suspendierten Bürgermeister waren aber nur zwei Punkte, die Dr. Spangenberg am 23. März auf der StVV-Sitzung ansprach. Er machte darauf aufmerksam, daß es sich bei den Spendern EWE und e.dis um jene Unternehmen handelt, die im Jahr 2005 die noch verbliebenen städtischen Anteile an den Eberswalder Stadtwerken erworben haben.

»Ist es Zufall«, fragte Dr. Spangenberg, »daß die Spende drei Tage vor der Gesellschafterversammlung der TWE am 12.5.05 erfolgte? Jene Gesellschafterversammlung, auf der unter Verzicht auf Frist und Form der Einladung über den Verkauf beschlossen wurde.«



Wie sagt der Kanzler so schön: Leistung muß sich lohnen!

Karikatur von WOLF SCHRADER (1994)

Der AfW-Fraktionsvorsitzende fragte, welche Motivation die Spender für eine Spende in dieser Größenordnung wohl hatten und ob solche Spenden auch in den Vorjahren flossen. »Sind die Spenden angezeigt und geprüft worden? Gab es eine Entscheidung zur Annahme der Spenden, wer hat sie getroffen und mit welchen Maßgaben? Und meine letzte Frage: Warum gab es über diese Spenden keinerlei Informationen?«

Schließlich verwies Dr. Spangenberg noch auf den Paragraphen 331 des Strafgesetzbuches, nach dem »Amtsträger oder andere für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete für die Dienstaussübung keinen Vorteil für sich oder einen Dritten fordern, sich versprechen lassen oder annehmen« dürfen. Es sei denn, daß die zuständige Behörde die Annahme genehmigt hat.

Der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann sah selbstverständlich keinen Zusammenhang wegen der zeitlichen Nähe von Spende und Entscheidung über den Anteilsverkauf. Er mußte sich allerdings den Hinweis des bündnisgrünen Stadtverordneten Andreas Fennert anhören, der auf seine Erfahrungen als Regionalplaner ins Sachen Windräder verwies. Da habe es schon mehrere Fälle gegeben, bei denen einem Korruptionsverdacht nachgegangen wurde, allein weil es eine zeitliche Nähe zwischen Zahlungen und bestimmten Entscheidungen gegeben habe.

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 10.4. UND FOLGEND ALLE 14 TAGE AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Bürgermeisterfreie Stadt 3

Nach wie vor hat Eberswalde keinen Bürgermeister. Die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz davon. Scheinbar geht alles seinen Gang.

Langsam aber sicher versuchen die Abgeordneten, Bürger und sogar die Beigeordneten sich zu emanzipieren. Den Vorreiter machen die Stadtverordneten der CDU. Man solle sich doch von der Verwaltung lösen und eigene Vorstellungen und Ideen entwickeln, dann könne man immer noch einen neuen Bürgermeister wählen, hört man von dort. Somit bleibt genug Zeit, um sich gute Positionen in der Stadtverordnetenversammlung zu sichern und einen geeigneten Kandidaten zu suchen.

Die Genossen der PDS hingegen haben einen Antrag zur Abwahl des Bürgermeisters eingebracht. Es kann ja nicht sein, daß die Stadt keine richtige Obrigkeit hat. Sie brauchen klare Verhältnisse und dazu muß der beleumdete Bürgermeister erst einmal abgewählt werden. Mit Sicherheit steht da ein neuer Kandidat schon bereit.

Die SPD ist hin und her gerissen. Einige Abgeordnete unterstützen die PDS und andere die CDU. Der Unternehmerverband jammert über den Abgang des alten Bürgermeisters. Aber Jammern gehört wohl zum Geschäft.

Die Eltern wollen die Kindergartenplätze in den Neubauvierteln erhalten und machen den Stadtverordneten Dampf. Aber wo kämen die Abgeordneten hin, wenn sie sich die Argumente der Eltern erschließen wollten. Diese Plattenbauten aus der DDR werden doch abgerissen. Dort brauchen wir auch keine Kindergärten mehr. So weit geht die Freiheit dann auch nicht, daß jedes Kind dort wo es wohnt in den Kindergarten gehen kann.

Hinter den Kulissen wird mächtig gekungelt und der Kandidat Ehling soll sich auch schon wieder zur Verfügung gestellt haben.

Einen ganz besonderen Vorteil spüren die Autoren der »Barnimer Bürgerpost«. Keiner der oberen Herren – Damen waren da nicht im Spiel – versucht es, wie so oft in der Vergangenheit, Druck auf die Gestaltung und den Inhalt der Zeitung auszuüben. Da war schon mal von Auftragsperre und Kreditkündigung, persönlicher Feindschaft und auch von Leseverbot die Rede. Die Leser und Schreiber lassen sich ohnehin nicht einschüchtern. Man sollte diese Art von Beeinflussung einfach lassen. Sie sagt mehr über den, der sich da äußert, als über den Schreiber, der sich ja öffentlich zu seiner Meinung bekennt.

Diese Zeitung, längst totgesagt, hat mittlerweile auch den zweiten Bürgermeister überlebt. Jede Frau und jeder Mann, der des Schreibens mächtig ist, kann seine Meinung hier veröffentlichen. Natürlich auch diejenigen, denen das Geschriebene nicht paßt.

Vielleicht kommt mit dem Frühling auch richtige Bewegung in die bürgermeisterfreie Stadt. Ein laues Lüfchen ist schon zu spüren.

Es wird auch Zeit.

RED MARUD

Arbeitskreis gegründet:

Barrierefreie Stadt Eberswalde

Am 20. März trafen sich im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde sechs »Experten in eigener Sache«, um als Betroffene mit den verschiedensten Handicaps den Arbeitskreis zu gründen. Unser Ziel ist es dabei, in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung, insbesondere mit Frau Ebert als Beauftragte für soziale Belange, die Umsetzung des SVV-Beschlusses »Barrierefreie Stadt Eberswalde« vom September 2003 beratend als gleichberechtigte Partner zu begleiten.

Als Sprecherin des Arbeitskreises werde ich demnächst die ersten Kontakte aufnehmen. Wir sind sehr froh, daß uns die Landtagsabge-

ordnete, Ingeborg Kolodzeike, mit ihrer 16-jährigen Erfahrung als Kommunale Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde, zur Seite steht.

Für Probleme, Anregungen und Hinweise von behinderten Bürgerinnen und Bürgern haben wir immer ein »offenes Ohr«. Zögern Sie nicht und wenden Sie sich persönlich oder telefonisch jeweils Mittwoch von 13 bis 16 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr an das Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten, Ingeborg Kolodzeike, Breite Straße 46 in Eberswalde, Telefon 03334/384737. Hier werde ich zu den vorgenannten Zeiten für Sie da sein.

MARITA PAPENFUß, Sprecherin des AK

Einstimmig für ein Zusammengehen

Mitglieder und Sympathisanten der WASG Barnim haben sich auf ihrem Treffen am 1. März in Bernau einmütig für ein weiteres Zusammengehen mit der Linkspartei.PDS ausgesprochen. Im Sinne der Vereinbarung (Entwurf) der Landesvorstände beider Parteien (sog. Blossiner Dokument) werden die Teilnehmer den Prozeß der Herausbildung einer Neuen Linken im Kreis Barnim aktiv mitgestalten und voranbringen.

Das schließt die gemeinsame Diskussion inhaltlicher Schwerpunkte der künftigen Programmatik ebenso ein wie die unmittelbare politische Arbeit zur Wahrnehmung und Verteidigung der Interessen aller abhängig Beschäftigten sowie der von der neoliberalen Wirtschaft- und Sozialpolitik der Bundesregierung unmittelbar Betroffenen.

R. HEENEMANN, Sprecher der WASG Barnim

»Barnimer Bürgerpost« in eigener Sache

Die Mitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. konnte am 13. März eine positive Bilanz ziehen. Eine stabile Abonnentenzahl und das vierte Jahr hintereinander mehr als 100 Autoren, die für die nötige inhaltliche Vielfalt unserer Leserzeitung sorgen. Qualität, die auch mit zunehmender Quantität verbunden ist, wovon die mittlerweile vierte 20seitige Ausgabe vom März zeugt. Die 16 Seiten – seit dem Jahr 2000 unser Standard – erweisen sich zunehmend als zu eng, um den Anspruch zu erfüllen, alle eingehenden Beiträge weitgehend ungekürzt zu veröffentlichen.

Einer generellen Umstellung auf 20 Seiten stellen sich aber zwei erhebliche Hürden in den Weg. Die erste ist finanzieller Art, denn selbstverständlich verteuert sich der Druck. Die langsam steigenden Kosten konnten die letzten Jahre ohnehin nur durch verständnisvolle Gläubiger und ein erhöhtes Spendenaufkommen aufgefangen werden. Die Spenden für die »Barnimer Bürgerpost« sind übrigens, wie uns das Finanzamt unmißverständlich klar machte, nicht von der Steuer absetzbar. Das macht das Einwerben von Spenden nicht leichter.

Die zweite Hürde ist, daß 4 Seiten mehr Inhalt selbstverständlich auch 4 Seiten Mehrarbeit bedeuten und entsprechend mehr Zeit erfordert. Mehr Zeit, die bei der gegenwärtigen ehrenamtlichen Arbeitsweise nicht zur Verfügung steht.

Auch der aktuellen Ausgabe liegt ein übervoller Posteingangskorb zugrunde. Das ist gut so. Aber es ist schade, wenn dann nicht alles aktuell veröffentlicht werden kann, zumal einiges erst nach Redaktionsschluß ankam. Das ist vor allem für den Redakteur ein Problem, der ja keinen der Autoren vergraulen will.

Wie können wir dieses Problem lösen? Als Leserzeitung fragen wir das natürlich zu allererst unsere Leserinnen und Leser.

Vorerst werden wir uns damit behelfen, die Reihenfolge des Eingangs neben der Aktualität als Veröffentlichungskriterium heranzuziehen und an unsere Autoren den Appell zu richten, sich möglichst kurz zu fassen. Weniger ist manchmal mehr. In diesem Sinne

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Für diese Ausgabe haben Johannes Madeja und Helmut Braunschweit von der Allianz freier Wähler (AfW) gleich eine ganze Reihe von Beiträgen zur Veröffentlichung eingebracht, die den inhaltlichen Rahmen und den vorhandenen Platz in dieser Ausgabe weit überstieg. Daher erscheinen diese Beiträge als gesonderte Beilage, für die die AfW-Vertreter auch die redaktionelle Verantwortung übernehmen.

Die Möglichkeit, auch umfangreichere Standpunkte mittels Beilagen zu veröffentlichen, steht selbstverständlich auch anderen offen. Dabei erfolgt die Finanzierung der zusätzlichen Beilagen per einvernehmlicher Regelung.

Ein erfolgreicher Kassenwart

Ende 2004, kurz nach der Wahl der beiden Beigeordneten der Stadt Eberswalde, hatte der damals noch amtierende Bürgermeister Reinhard Schulz verkündet, daß sein Stellvertreter Lutz Landmann das Amt des Kämmersers künftig an den zweiten Beigeordneten Uwe Birk abgeben würde. Der arbeitete sich schnell in das neue Metier ein und verschaffte sich zunächst einen Überblick über die tatsächliche Kassenlage.

Bereits im März 2005 streute der neue Kassenwart die ersten Meldungen in die Runde, wonach die Stadtverwaltung Ende Oktober 2005 ernsthafte Liquiditätsprobleme bekommen würde. Ende April schob er dann nach: Schon im August drohe die Zahlungsunfähigkeit und bis Ende 2005 wachse das Defizit auf sage und schreibe elf Millionen Euro (BBP 6/2006).

Das war unmittelbar vor dem Beschluß über den Verkauf der restlichen Stadtwerkeanteile.

Auf die weitere Haushaltsentwicklung wirkte die Verkaufsentscheidung als eine Art homöopathische Medizin. Ohne das frische Geld tatsächlich zu verwenden, reduzierte sich das Elfmillionenloch in den offiziellen Mitteilungen wieder auf das im ursprünglichen Haushaltsplan für 2005 verzeichnete Level von rund fünf Millionen Euro. Auch der im Juni 2005 beschlossene Haushaltsausgleich brauchte nicht den Rückgriff auf das aktuelle Stadtwerkegeld. Vielmehr wurden hier die Rücklagen der Technischen Werke (TWE) aus dem früheren Anteilsverkauf genutzt, die sich Ende 2004 noch auf rund elf Millionen Euro beliefen. Ursprünglich sollte dieser Griff ins TWE-Portefeuille bereits im Jahr 2004 erfolgen. Der Einspruch des Landkreises und die darauf folgenden Rechtsstreitigkeiten verzögerten die Entnahme jedoch.

Kassenwirksam wurde die Zuführung aus dem Vermögenshaushalt im Sommer/Herbst 2005. Lag die durchschnittliche Höhe des zur Liquiditätssicherung aufgenommenen Kassenkredits bis Juli 2005 noch zwischen 5,3 und 6,3 Millionen Euro (bei einem genehmigten Rahmen von 8,2 Millionen Euro), sanken die Kassenkredite bis Dezember auf knapp 800.000 Euro. Zum Jahresende konnte der Kreditbedarf sogar völlig auf Null gesenkt werden. Zwar beträgt das Negativsaldo immer noch rund 1,7

Millionen Euro, dieser Betrag kann jedoch vollständig durch den Rückgriff auf die bei der Stadt hinterlegten Verwahrgelder gedeckt werden. Zum Vergleich: Im Jahr 2004 war der Februar mit durchschnittlich knapp 3 Millionen Kassenschulden der günstigste Monat.

Grundlage für diesen Erfolg sind geringere Ausgaben und höhere Einnahmen, die der neue Kassenwart gegenüber dem Plan erwirtschaften konnte. Stolz konnte er am 23. März den Stadtverordneten verkünden, daß der Haushalt im Jahr 2005 mit einem nicht geplanten Überschuß von etwa 2,6 Millionen Euro abgeschlossen werden konnte. Dadurch reduzierte sich das aus den Vorjahren stammende Defizit auf 3,2 Millionen Euro.

Dieses soll nun mit dem Haushalt 2006 vollständig ausgeglichen werden. Ein schöner Erfolg für den Kämmerer Uwe Birk, auf das er nach einem Jahr im Amt blicken kann.

Allerdings gelingt dieser Ausgleich nur, weil dem Verwaltungshaushalt auch in diesem Jahr mehr als 5 Millionen Euro aus dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Ohne diese Sonder-Zuführung würde das Jahr 2006 sogar mit einem Defizit von etwa 2 Millionen Euro enden. Das im Dezember 2005 beschlossene Haushaltssicherungskonzept bleibt daher trotz des formal ausgeglichenen Haushalts als freiwillige Selbstverpflichtung der Stadt gültig.

Die Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt der Stadt werden wie schon 2005 vor allem durch den Rückgriff auf das Vermögen der TWE finanziert. Verfügten die TWE Ende 2004 noch über eine Liquidität von 10.110.367,07 Euro reduziert sich diese durch die Entnahmen der Jahre 2005 und 2006 auf etwa 1,8 Millionen Euro. Da die TWE im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb defizitär arbeiten und der Verlust rund zwei Millionen Euro jährlich beträgt, sind die Rücklagen aus dem ersten Stadtwerkeanteilsverkauf mittlerweile aufgebraucht. Dennoch bleibt dem Kämmerer die beruhigende Gewißheit bei Bedarf weiterhin auf die TWE zurückgreifen zu können. Der aktuelle Anteilsverkauf spült dem städtischen Unternehmen weitere 16 Millionen Barschaft in die Kasse, so daß erst ab 2015 mit der Insolvenz der TWE gerechnet wird.

G.M.

Bibliothek bis 2016 gebunden

Eberswalde (bbp). Der Neubeschluß zum städtischen Haushalt 2006 enthält für die Haushaltsstelle Mieten und Pachten Bibliothek einen Nachschlag von 1.900 Euro. Der Planansatz erhöht sich dadurch auf 264.300 Euro. Eine sichere Einnahmequelle für den Betreiber der Rathauspassage, wurde doch noch vor Baubeginn im Jahr 1995 eine unkündbare Vertragslaufzeit von 20 Jahren vereinbart bei regelmäßiger Mietdynamisierung. Aus lauter Dankbarkeit für diesen vorteilhaften Vertrag

bezieht der damals abgewählte Bürgermeister Dr. Hans Mai noch heute ein Gehalt als »Centermanager«. Der Stadt ist die Bibliothek mittlerweile wegen der jährlich steigenden Mietkosten ein Klotz am Bein. Ein Klotz, den die Stadt nicht los wird, wie kürzlich der jetzt amtierende Bürgermeister Lutz Landmann informierte. Vor Ablauf des bis 2016 laufenden Vertrages bestehe »keine Aussicht, den bestehenden Bibliotheksmietvertrag hinsichtlich Laufzeit und Mietkonditionen anzupassen«.

Friedensbündnis:

Kein Krieg gegen Iran!

Am Freitag, 24. 3. fand in der Fachhochschule Eberswalde eine Informationsveranstaltung des Eberswalder Friedensbündnisses zum Irankonflikt statt. Dort berichtete der iranische Journalist Kambiz Behbahani über den schwierigen Kampf der demokratischen Kräfte Irans. Er warnte, eine militärische Intervention des Westens sei ungeeignet, diesen Kampf zu fördern, da sie aus selbstsüchtigen Motiven geplant würde. Auch Sanktionen würden das theokratische Regime der Ajatollahs nur stabilisieren.



Dr. Otfried Nassauer und Kambiz Behbahani (v.l.n.r.) bei der Diskussion des Friedensbündnisses.

Dr. Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit betonte, daß der Iran weit davon entfernt sei, Atombomben bauen zu können. Vom iranischen Nuklearprogramm gehe keine reale Gefahr für andere Staaten aus. Die von Medien und politischen Kräften aufgebaute Bedrohungskulisse diene vielmehr dem Ziel der verstärkten Einflußnahme bzw. Hegemonie der USA und der EU in der Region.

Das Friedensbündnis warb am 20. März, dem Jahrestag des Kriegsbeginns im Irak, und in der Iranveranstaltung um Unterschriften für eine Petition an den Bundestag, die 4 Forderungen enthält:

- Wenden Sie sich gegen jede Eskalation von Drohung und Gegendrohung.
- Schließen Sie jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran aus.
- Treten Sie aktiv für eine diplomatische Lösung ein, die die legitimen Sicherheitsinteressen aller Parteien, insbesondere von Iran und Israel, garantiert.
- Arbeiten Sie energisch für die globale Verzichtung aller Atomwaffen.

Die Unterschriftenkampagne wird u.a. vom Netzwerk Friedenskooperative getragen. Wer sich aktiv beteiligen will, kann Unterschriftenlisten und Informationsmaterial zum Irankonflikt beim Friedensbündnis Eberswalde (c/o Rolf Richter, Tel. 03334/236741; A. Triller, 03334/33019; H.-D. Winkler, 033366/ 70310) anfordern.

StVV für Kitaschließung

Eberswalde (bbp). Mit lauten Buh-Rufen kommentierten die mehr als 100 »Spatzennest«-Eltern, die zum Teil mit ihren Kindern den Besucherraum der 25. StVV-Sitzung füllten, die Beschlüßfassung zur Kitakonzeption der Stadt Eberswalde. Mit den Stimmen von 20 Stadtverordneten der Fraktionen SPD, CDU und z.T. Grüne/BFB sowie 2 PDS-Abgeordneten wurde auf der Sitzung der Eberswalder StVV am 23. März die von der Verwaltung vorgelegte »Konzeption für Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde für den Zeitraum 2006/2007 bis 2011/2012« in der Variante 1 mehrheitlich beschlossen. Diese Entscheidung bedeutet das Aus für die Kita »Spatzennest« im Brandenburgischen Viertel. Gegen den Verwaltungsvorschlag stimmten acht Stadtverordnete, darunter ein Abgeordneter der SPD, die Stadtverordneten der FDP und der Allianz freier Wähler (AfW) und drei PDS-Abgeordnete. Fünf Stadtverordnete enthielten sich.

Als alternative Variante 2 sah die Verwaltungsvorlage die Schließung der Kita »Pusteblume« am Rande des Stadtteils Finow-Ost vor. Beide Kitas sind DDR-Typenbauten, die gegenwärtig mit einer Kapazität von 200 bzw. 180 Plätzen genehmigt sind. Angesichts des Bevölkerungsschwunds, der gerade in diesem Teil des Brandenburgischen Viertels auch im Wohnungsleerstand und Abriß von Wohnhäusern sichtbar wird, sind diese beiden Kindereinrichtungen zu 66 bzw. 70 % ausgelastet. Für die Finower Einrichtung spricht lt. Verwaltungsvorlage, daß eine »ausreichende Versorgung mit 'schulnahen' Hortplätzen ... im Stadtbezirk Finow für die Schuljahre 2006/2007 und 2007/2008 nicht gegeben« ist.

Eine dritte Variante enthielt der Änderungsantrag des PDS-Stadtverordneten Gerd Markmann. Als Alternative zur Schließung einer Kita sollten in Variante 3 beide Kitas ihre Kapazitäten verringern und entsprechend dem vorhandenen Bedarf weiterbetrieben werden.

130 Kinder und ihre Eltern seien betroffen, führte er aus. Außerdem wurden eine ganze Reihe von Gesichtspunkten nicht in die Abwägung einbezogen. So enthält die Vorlage kein Wort zu den finanziellen Auswirkungen. Da der Umfang der vorgebrachten Argumente den Redezeitrahmen sprengte, wurde dem Stadtverordneten schließlich das Wort entzogen.

Der FDP-Abgeordnete Dr. Siegfried Adler hatte sich zuvor sehr beeindruckt gezeigt vom Engagement der »Spatzennest«-Eltern. Der Besuch der Kita habe ihn überzeugt, daß seine Abstimmung im Ausschuß falsch war. »Nur ein Dummkopf bleibt bei seiner falschen Meinung«, konterte er entsprechende Kritiken seitens der CDU-Fraktion. Sein Antrag, die Vorlage zurück in den Ausschuß zu verweisen, wurde mit 6 (FDP, AfW, 2xPDS: Sabine Büschel und Gerd Markmann) gegen 18 Stimmen abgelehnt. Mit gleichem Stimmenverhältnis scheiterte der Änderungsantrag zur Variante 3.

Viele ungeklärte Probleme

Am 23. März war Stadtverordnetenversammlung, u.a. zum Thema »Schließung Kita Spatzennest«. Mit ca. 650 Unterschriften auf der Liste zum Erhalt waren viele Eltern ohne und mit ihren Kindern dort angetreten. Der größte Teil der Abgeordneten machte an diesem Abend einen gelangweilten Eindruck, da es für sie beschlossene Sache schien, eine Einrichtung komplett zu schließen. Variante 3 »Pusteblume« und »Spatzennest« zu erhalten, war aus ihrem Konzept verschwunden.

Herr Markmann und Dr. Adler wurden zu ihren Änderungsvorschlägen nicht angehört und oft unterbrochen. Dabei ist nichts geklärt. Man hat eine Kita-Schließung beschlossen, ohne Antworten auf die offenen Unklarheiten darzulegen. Es wurde im Anschluss angesprochen, daß man über den Erhalt einer Kita-Betreuung bis 19 Uhr beraten muß. Aber der Hort wurde außen vorgelassen. Wer bleibt bis 19 Uhr in der Schule, wenn der Hort dort einziehen soll? Wo spielen die Kinder u toben sich aus, wenn kein Spielplatz vorhanden ist. Herr Nehls argumentiert, daß der Spielplatz des dann ehemaligen »Spatzennest« genutzt werden kann. Er erklärt aber nicht, wie das umgesetzt wird, da ja noch nicht mal geklärt ist, wer Nachnutzer dieses Gebäudes wird.

Herr Nehls erklärt weiterhin, daß in der Schule genug Räume zur Nutzung des Hortes zur Verfügung stehen. Welche Schule meint er denn? Im »Schwäzese« sind keine leer stehenden Räume und die Lehrer dort finden es pädagogisch nicht sinnvoll. Wie sollen die höheren Klassen weiter in Ruhe lernen, wenn die Hortkinder ihrer Freizeit nachgehen? Ein Hoch auf die nächste Pisa-Studie.

Weiterhin ist die Absicherung des Weges zur Kita »Pusteblume« durch den Wald bzw. an einer viel befahrenen Straße nicht geklärt. Daß die Eltern einen weiteren Weg vor sich haben,

stieß auf taube Ohren. Hervorgebrachtes Argument, man könne die Kinder ja auch im evangelischen Kindergarten unterbringen, entbehrt jeglicher Logik. Die Stadt gibt ihre Kinder in einen freien Träger? Ich denke, es muß Geld in die Stadtkasse?

Weiterhin stieß man auf taube Ohren, was den Kostenfaktor anbelangte. Es wurde von einer Kostenersparnis von ca. 15 000 Euro (pro Kind 113 Euro) gesprochen. Wo spart man denn, wenn man Horträume herrichten, evtl. Spielplatzmöglichkeiten auf den viel zu kleinen Schulhof schaffen und eine Kita »aufstocken« will? Herr Markmann von der PDS und Dr. Adler von der FDP haben versucht, diese Punkte zu klären und beantragt, diesen Tagesordnungspunkt an den Ausschuß zurückzugeben, um neu zu beraten und für die offenen Fragen Lösungen zu finden. Abgelehnt.

Die Sache war von vornherein beschlossen und die meisten Anwesenden hatten ganz offensichtlich keine Lust, sich damit zu befassen. Abgelehnt und beschlossen – Kita geschlossen!

Was kommt jetzt? Bis zum Beginn des neuen Schuljahres müssen alle Kinder untergebracht, der Hort eingerichtet und das Problem gelöst sein. Aber handfeste Lösungen hat keiner hervorgebracht. Hauptsache die Statistik stimmt annähernd wieder.

Ach ja, noch ein Wort zur Bürgerfragestunde. Wenn Sie mal vorhaben, ein Problem vorzutragen, vergessen Sie bitte nicht, vorher Ihre Fragen im Rathaus einzureichen, damit die Herren und Damen vom Fachausschuß sich darauf vorbereiten können. So zumindest, wurde es mehrmals den Eltern erklärt, damit endlich mal Ruhe zu diesem Thema einkehren möge und Herr Landmann nicht wieder in die Situation gerät, sagen zu müssen: »Ich hab nicht auf alles eine Antwort«. In diesem Sinne!

KATRIN DAHMS Kita-Ausschuß »Spatzennest«

Von langer Hand vorbereitet?

Eberswalde (bbp). Nach der StVV-Sitzung vom 23. März und der dort verfügten Schließung der Kita »Spatzennest« äußerten einige betroffene Eltern die Vermutung, die Verwaltung habe die Schließung von langer Hand vorbereitet. Die am gleichen Tag den Stadtverordneten übergebene Jahresrechnung der Stadt für das Jahr 2005 scheint dies zu bestätigen.

Demnach wurden die im Jahr 2005 vorgesehenen Investitionen in die Kita »Spatzennest« (60.000 Euro) und »Sonnenschein« (136.507,28 Euro) nicht realisiert, weil abgewartet werden sollte, »bis eine Kita-Bedarfsplanung bzw. ein Kita-Entwicklungsplan vorliegt«. Bei der Kita »Pusteblume«, deren Schließung in der Variante 2 der Kitakonzeption vorgesehen war, gab es eine solche Rücksichtnahme nicht. Hier wurden nicht nur die im Plan vorgesehenen 200.000 Euro verwendet, sondern zusätzlich

noch 9.507,28 Euro aus den bei »Spatzennest« und »Sonnenschein« eingesparten Mitteln ausgegeben. Mit dieser Investition ergab sich für »Pusteblume« auch ein deutlich günstigeres Bild beim Vergleich der Sanierungskosten, die für die einzelnen Kitas in den nächsten Jahren eingeplant sind. Diese Summe reduzierte sich durch die 2005 realisierten Maßnahmen von 562.000 Euro auf 362.000 Euro, von denen der größere Teil (200.000 Euro) im Jahr 2006 ausgegeben werden soll. Bis 2004 waren hier bereits 360.000 Euro investiert worden.

Für die Kita »Spatzennest« weist die Kitakonzeption einen Sanierungsbedarf ab 2011/2012 von 552.200 Euro aus. Eine Summe von 195.000 Euro wurde hier in den Jahren zwischen 1997 und 2002 investiert. Auch bei den laufenden Betriebskosten schneidet »Spatzennest« besser ab.

Bürgerunfreundlichkeit schreit zum Himmel

Die Einbeziehung der Bürger in die Gestaltung der Geschicke ihrer Stadt ist ein Thema, zu dem die Mehrzahl der Stadtverordneten und die Verwaltungsspitze ein gespaltenes Verhältnis haben. Schon das Bestreben einzelner Bürger, sich zu den kommunalpolitischen Fragen zu äußern, wird mit größtem Argwohn gesehen, ja geradezu als Einmischung in die Vertreterdemokratie verstanden. Ein eigenes Bemühen, die Bürger zur Teilnahme an der Kommunalverwaltung anzustacheln, liegt im Land der Träume. Ein besonders krasses Beispiel des rüden Umgangs mit den Bürgern lie-

ferte die letzte Stadtverordnetenversammlung am 23. März. Auch für den letzten im Saale dürfte klar gewesen sein, daß die Besucher nur ein Tagesordnungspunkt besonders interessierte. Mehr als 100 Eltern mit vielen kleinen Kindern waren gekommen, um mit eigenen Augen und Ohren die Debatte der Stadtverordneten um die beabsichtigte Schließung der Kita »Spatzennest« zu verfolgen.

Was hätte da näher gelegen, als die entsprechende Beschlußvorlage sofort nach der Einwohnerfragestunde zu behandeln. Das war eine gute Möglichkeit, Bürgernähe und Bürger-

freundlichkeit zu demonstrieren und damit das Interesse an der Bürgerbeteiligung deutlich zu machen. Aber die Chance wurde nicht genutzt, nein im Gegenteil, die ohnehin schon durch die bisher versäumte Bürgereinbeziehung aufgebrachten Besucher der StVV wurden vollends vor den Kopf gestoßen. Die Ersten verließen schon nach der Einwohnerfragestunde den Raum, weil deutlich wurde, daß sie kaum Gehör finden werden. Aber die StVV spulte ihr Programm ab und behandelte alle Punkte nach dem Standard-Regularium, als wäre sie völlig unter sich. Dabei hätte die Vornahme des TOP Kita-Konzeption keinerlei Auswirkung auf die weiteren Tagesordnungspunkte gehabt.

Das besondere Glanzstück der Versammlungsführung war dann die Wahl der/s dritten Stellvertreters des Vorsitzenden der StVV mit zwei Wahlgängen in geheimer Abstimmung, dazu entsprechende Pausen zur Anfertigung der Wahlzettel, des Einzelaufrufs der Abgeordneten der Stimmauszählung.

Während der einzelnen Tagesordnungspunkte gingen die Bürger einer nach dem anderen aus dem Saal. Die Behandlung des Punktes, dessentwegen sie gekommen waren, erlebte vielleicht noch ein Drittel. Der Tag wird den Gästen lange in Erinnerung bleiben. Es war ein besonderer Tag – nicht nur weil die Stadtverordneten dennoch die Schließung der Kita beschlossen haben, sondern auch durch die Art, wie man mit ihnen umgegangen ist. Im Gehen drückte ein Vater den Mikrofonknopf und rief laut sein »danke« in den Saal. Er war bedient, und nicht nur bei ihm wird der Frust auf die Politik weiter gewachsen sein.

ALBRECHT TRILLER



Mehr als 100 Eltern mit vielen kleinen Kindern waren am 23. März gekommen, um die Debatte der Stadtverordneten zu verfolgen. »Laßt uns unsere Kita« appellierten sie an ihre Volksvertreter. Vergeblich, wie sie frustriert feststellen mußten, als nach langem Warten über die Kitakonzeption der Stadt abgestimmt wurde.

Das Kinderland ist noch nicht abgebrannt

In Ihrer Sitzung am 24. März hat sich die Mehrheit der Stadtverordneten in freier und unbeeinflusster Abstimmung entschlossen, die Kindertagesstätte im brandenburgischen Viertel zu schließen. Von dieser Entscheidung sind besonders die 130 Kinder der Kita »Spatzennest«, deren Eltern und Erzieher betroffen.

Als Grund für diese weit reichende Entscheidung muß wie so oft der allgemeine Geldmangel herhalten. Anstatt alles nur Mögliche zu unternehmen, die Betreuung der Kinder zu verbessern, wird kurzerhand eine der größten Einrichtung geschlossen. Die Grundlagen für diesen Beschluß sind dürftig. Der finanzielle Nutzen ist nicht bekannt. Weitergehende Alternativen blieben ungeprüft. Die Entscheidung fiel ohne Not und in unnötiger Eile.

Die betroffenen Eltern und Kinder haben das Signal verstanden. Die Mehrheit der Stadtverordneten und wohl auch der städtischen

Bevölkerung zeigt auf diese Weise allen Eltern mit Kindern im Vorschulalter aus dem Brandenburgischen Viertel den Egoismus einer alternden Gesellschaft. Unter dieser Entscheidung müssen diejenigen leiden, die nichts für den Geldmangel im Stadthaushalt können und die die Schulden dieser Generation tilgen werden. Die hektische Entscheidung wird mit bürokratischen Zwängen begründet. Denjenigen, die sich für diese Kinder einsetzen, wirft man Eigennutz und Befangenheit vor.

Für die Betreuung unserer Kinder muß vor allem anderen ausreichend Geld und Zeit zur Verfügung stehen. Ohne genügend Kinder wird es keine vernünftige Zukunft geben. Da helfen weder eine intakte Umwelt, ein gelungener Stadtbau, ein schicker Bahnhofplatz noch die Entwicklung der lokalen Wirtschaft und auch kein Barnimtal. Ohne Kinder sind diese durchaus bedeutsamen Bemühungen im

wahren Sinne des Wortes fruchtlos und vertan. Offensichtlich ist den Stadtverordneten der Blick für das Wesentliche abhanden gekommen.

Aber das Kinderland ist noch nicht abgebrannt. Der Beschluß könnte jeder Zeit vom gleichen Gremium aufgehoben werden.

Wie stellen sich diese Abgeordneten eigentlich ihre eigene Zukunft vor? Wer soll sie im Alter ernähren, pflegen und erdulden? Glauben diese Leute wirklich, daß man sich für Geld alles, auch den sozialen Frieden und Zusammenhalt in der Gesellschaft kaufen kann? Ihre Handlungen sind schon heute kaum zu ertragen.

Die verbliebenen Kinder werden sich das bestimmt merken und zu gegebener Zeit dafür bedanken. Hoffentlich fliegen sie, wie die Maikäfer, nicht alle einfach weg.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Einwohnerfrage in der StVV

Am 22. März wurde der Weltwassertag begangen. Wir alle wissen, daß Eberswalde und die Umgebung mit sehr gutem Trinkwasser versorgt wird. Das ist unstrittig und wird von niemandem bezweifelt.

Streit gibt es weiterhin um die Art der Abwasserentsorgung und Aufbereitung. Für die Mehrzahl der Stadtbewohner ist die leitungsgebundene Entsorgung wohl der einzig gangbare Weg. Im ländlichen Bereich erscheint es fragwürdig, ob kilometerlange Leitungen, meist noch überdimensioniert, sein müssen, um eine zentrale Aufbereitung zu ermöglichen, oder ob es nicht sinnvoller wäre, Kleinkläranlagen für einen Ort oder gar nur für einzelne Eigenheime zu betreiben.

Das Prinzip sollte sein, unser kostbares Naß so lange wie möglich in der Fläche zu halten. In unserer Region fallen im Jahr lediglich ca. 550 mm Regen auf einen Quadratmeter. Der Grundwasserspiegel in der Schorfheide fällt jedes Jahr um 7 cm. Das ist eine alarmierende Zahl! Im Amtsblatt 1/2006 der Stadt Eberswalde konnten die Bürger lesen, daß ab dem 1.1.2006 für die Niederschlagsentwässerung 4,71 Euro je 10 m² Fläche erhoben werden, wenn diese in die öffentliche Entwässerung geleitet wird, d.h. über einen Sandfang im Finowkanal landen.

Bis Ende 2005 betrug die Gebühr 2,62 Euro. Sie haben mehrheitlich einer Erhöhung um 2,09 Euro/10 m² zugestimmt, das bedeutet 80 % mehr als vorher, obwohl versprochen wurde, daß den Bürgern durch die Übertragung der Niederschlagswasserbeseitigung an den ZWA keine Nachteile entstehen würden.

Ich frage Sie hiermit alle: hat einer von Ihnen je die Kalkulation dafür eingesehen? Ich möchte, daß Sie den Bürgern erläutern, wie eine so drastische Steigerung zu erklären ist. Anstatt das Niederschlagswasser von den Wohnblockflächen zur Bewässerung der Grünflächen, Sträucher und Bäume zu verwenden, fließt es ungenutzt in den Finowkanal. Die Bürger, meist Mieter der großen Wohnungsbaugesellschaften bezahlen es ja. Sie bezahlen außerdem auch das gute Eberswalder Trinkwasser, das die Gartenbaubetriebe im Sommer zur Bewässerung eben der Flächen einsetzen, die eigentlich mit Regenwasser bewässert werden könnten.

Eine derartige Gebührenerhöhung hätten Sie ablehnen müssen. Ich persönlich würde gern eine NiederschlagsBEwässerungsgebühr zum Erhalt unserer Natur entrichten.

BERND POMRAENKE

Leserucksack für Kitas

Eberswalde (prest-ew). Die Stadtbibliothek möchte bei den Kleinsten die Freude am Lesen wecken und die frühkindliche Förderung der Lesekompetenz unterstützen. Dazu werden Leserucksäcke für Kitagruppen der Stadt mit altersgerechten Büchern gepackt (Tel: 64 420).

»Abwägung der Unwägbarkeiten«

Ein neues »Stadthaus am Markt« ist nicht gerechtfertigt

Eberswalde (bbp). Knapp vier Millionen Euro kostet der Um- und Neubau des WHG-Projekts »Haus am Markt«. Im Frühjahr 2005 war die Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH (WHG) beauftragt worden, das Grundstück »Kontakt-Kaufhaus« zu erwerben, »um eine mit der Errichtung des Kreishauses zeitlich einhergehende Sanierung des Gebäudes zu gewährleisten«, wie der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann mitteilte. Der mittlerweile suspendierte Bürgermeister Reinhard Schulz hatte damals öffentlich das »Haus am Markt« zum künftigen Standort der Bauverwaltung erklärt und damit den Abbruch der verwaltungsinternen Suche nach der kostengünstigsten Nachfolgevariante für den Standort im Dr. Zinn-Weg veranlaßt. Fortan wurden nur die Varianten im »Haus am Markt« in die Betrachtungen einbezogen. Um die 66 Mitarbeiter im Dr. Zinn-Weg einschließlich der vorhandenen Archive im »Haus am Markt« unterbringen zu können, sollten dem neuen Verwaltungsobjekt etwa die Hälfte der rund 3000 m² Wohn- und Gewerbefläche des »Hauses am Markt« zur Verfügung stehen. Das entsprach einem Kostenaufwand von über 2 Millionen Euro. »Eine mit Einzelkostenpositionen untersetzte Baukostenrechnung liegt der Verwaltung«, so Landmann, »bis zum heutigen Tage nicht vor. Diese wäre jedoch als Entscheidungsgrundlage u.E. notwendig.«

Schulz' Beurlaubung und anschließende Suspendierung ließ seit Oktober 2005 wieder zu, andere Varianten in die Überlegungen einzubeziehen. Dazu gehören neben den Haushalts- und Konsolidierungserwägungen der Haushaltsdiskussion, die aktuelle Diskussion auf Landesebene über die Standorte der Leit-

stellen für den Brand- und Katastrophenschutz, die möglichen Schulschließungen und damit einhergehende Nachnutzung frei werdender Schulgebäude sowie die fehlende Aussicht, aus dem bestehenden Bibliotheksmietvertrag herauszukommen. »Unter Berücksichtigung und Abwägung der vorgenannten Unwägbarkeiten war die Verwaltung jedenfalls zu der Auffassung gelangt, die Angelegenheit in einem neuen Licht betrachten zu müssen.« Bei Auszug der Leitstelle aus der Feuerwache könnte dort der komplette Fachdienst Ordnung und Brandschutz unterkommen.

Auch der Zwang, künftig Personalkosten zu sparen, was nur durch den Abbau von Stellen möglich ist, würde den künftigen Raumbedarf der Stadtverwaltung reduzieren, für den zudem die frei werdenden Schulgebäude zur Verfügung stehen würden. Schließlich könnte ein Teil der 1.600 m² großen Nutzfläche der Stadtbibliothek in ein Großraumbüro umfunktionierte werden, was aus betriebswirtschaftlicher Sicht »zumindest prüfenswert« wäre.

Durch die im September 2005 realisierte Konzentration der Verwaltungsräume in der 2. und 3. Etage des Gebäudes im Dr. Zinn-Weg sei zudem »kurzfristig eine erhebliche Reduzierung der Betriebskosten« zu erwarten. Dadurch werde der Druck zur Schaffung eines Ersatzstandortes gemindert. »Angesichts der vorgenannten Begleitumstände und Überlegungen vertritt die Verwaltung die Auffassung, daß die nötige Dimension eines Alternativobjektes bei Zugrundelegung des derzeitigen Personalstandes und der gebotenen Flexibilität mit Blick auf zu erwartende Entwicklungen momentan nicht die Anschaffung einer zusätzlichen Immobilie rechtfertigen.«

Zwischen Kalkulation und Pietätlosigkeit

Wieder einmal hat die Stadt Eberswalde ihre Friedhoffsatzung geändert. Bestatter und andere Gewerbetreibende wurden nicht gefragt. Hinweise der PDS-Fraktion auf vorhandene Mißstände wurden nicht beachtet.

So erlaubt sich die Stadt, für die bestehende Kühlzelle auf dem Friedhof Aufbewahrungsgebühren in Höhe von 34 Euro pro Tag zu berechnen. Daß die Auslastung zurückgegangen ist, daran hat die Stadt nicht wenig Schuld, denn »Pietät« kennt man in diesen Räumen nicht. Ich frage mich seit Jahren, warum diese Anlage nicht modernisiert wird (nicht nur aus Kostengründen), wenn nicht sogar gesperrt. Warum sieht das zuständige Gesundheitsamt darüber hinweg? Private Unternehmer werden da viel strenger kontrolliert. Die Stadt hat doch auch erkannt, daß sie ein neues Verwaltungsgebäude auf dem Friedhof braucht. Aber daß die Kühlzelle verkleinert werden muß, da durch den Neubau des Krematoriums in vielen Fällen eine Zwischenkühlung nicht mehr notwendig ist, hat sie nicht erkannt.

Schlußfolgernd ist ein Umdenken angesagt. Nein im Gegenzug dazu werden einfach die Gebühren erhöht. So einfach ist das. Auf Grund der hohen Hallennutzungsgebühren haben sozialschwache Bürger keine Möglichkeit, eine Trauerhalle zu nutzen. Dafür sollte ein kleiner Aufbahrungsraum geschaffen werden. Die Vorschläge dazu waren da, erhört wurde keiner. Der Bestatter steht dann mit der Urne bei Wind und Wetter mit den Angehörigen vor der Trauerhalle. Muß das sein? Nein!

Für die Trauerhalle auf dem Friedhof Kupferhammer werden 140 Euro und für die auf dem Messingwerkfriedhof 84 Euro verlangt. Für was, es sind Löcher – keine Trauerhallen – ohne Strom und Heizung.

Für die Einweisung der Bestatter (zeigen der Grabstelle) werden 36 Euro verlangt. Auch wenn uns die Angehörigen die Stelle zeigen, diese Position wird trotzdem berechnet. Kann man denn eine Leistung in Rechnung stellen, wenn sie nicht erbracht wird?

KORDULA STEINKE

Gegen Armut und Elend

In dieser Woche finden in einer Reihe von Städten, Regionen und auf Bundesebene Tribunale gegen Armut und Elend statt. Die Reformen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im neuen Jahrtausend sind Bestandteil des internationalen Angriffs der Kapitaleigner und Konzerne sowie der von ihr maßgeblich bestimmten Politik auf die Lebensverhältnisse und die Arbeitsverhältnisse der vom Lohn Abhängigen weltweit – und natürlich auch in Deutschland.

Wir lehnen eine Politik ab, die unsere Menschenrechte mit Füßen tritt. Wir klagen das Kapital und die Politik an, mit den sogenannten Reformen am Arbeitsmarkt viele Menschen in der Bundesrepublik in Armut und Elend zu stürzen.



Alle Befürchtungen – insbesondere zu Hartz IV – haben sich im Jahr 2005 bestätigt. Sie wurden allerdings durch den Verwaltungsvollzug der Jobcenter und Kommunen noch bei weitem übertroffen. Auch die Rechtsprechung bringt wenig Rechtssicherheit. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende bedeutet für 6,86 Mio. Menschen in Bedarfsgemeinschaften und darüber hinaus massenhaft Menschen ohne jegliche Sozialleistung einen krasen Einschnitt in ihre Lebensverhältnisse sowie einer dauerhafte Schlechterstellung.

Erwerbslose, Bedürftige und ihre Familien werden durch den Verlust von Rechtsansprüchen auf soziale Leistungen in Armut, Hunger und Krankheit getrieben. Eine Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben ist für Erwerbslose und andere Einkommensschwache nicht mehr möglich.

Die Leistungsgewährung wurde bürokratischer und repressiver: Bedürftigkeitsprüfungen, Telefon- und Kontenabfragen, Eingliede-

rungsvereinbarungen und Sozialschnüffler machen Erwerbslose zu gläsernen Menschen. Erwerbslose und Einkommensschwache werden gehindert, ihre wenigen Ansprüche geltend zu machen. Etliche Verwaltungen begehen offenen Rechtsbruch: Anträge werden nicht bearbeitet. Widersprüche werden oft schleppend und nicht hinreichend beantwortet. Es gibt zu wenig auf diesem Gebiet erfahrene Rechtsanwälte. Bis zu Klagen und Prozessen an Sozialgerichten vergehen oft Monate.

Erwerbslose Hilfebedürftige geraten immer mehr in die Schuldenfalle. Familien bangen um ihre Wohnung. Sie können sie nicht mehr bezahlen. Oder ihnen drohen Zwangsumzüge. Jobcenter übernehmen häufig keine Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten. Kinder von Erwerbslosen und Einkommensschwachen können nicht mehr ordentlich mit Lernmitteln ausgestattet werden. Viele Menschen mit zu geringem Einkommen sind krank oder ihre Gesundheit ist bedroht. Praxisgebühr und Medikamentenkosten sind aus der Regelleistung oder winzigen Erwerbseinkommen nicht mehr abzweigbar.

Aus der Not heraus und unter Androhung von Leistungsentzug müssen Erwerbslose entwürdigende und unqualifizierte »Ein-Euro-Jobs« annehmen. Auf dem Arbeitsmarkt sinkt rapide die Anzahl sozialversicherungspflichtiger und existenzsichernder Arbeitsplätze. Der faktische Ersatz des Kündigungsschutzes durch eine 24monatige Probezeit verschärft das ungeschützte Heuern und Feuern.

Trotzdem bereitet die große Koalition weitere Sozialleistungskürzungen im Rahmen der Sozialgesetzbücher II und XII bereits vor, z.B. die Kürzung der Rentenbeiträge. Bedürftigkeitsprüfungen sollen verschärft werden. Beweislastumkehr bei eheähnlichen Gemeinschaften, Ausweitung der Kontrollen der Sozialschnüffler, Verstärkung telefonischer Überprüfungen, Wiedereinführung des Unterhaltsrückgriffes bei allen bis zu 25-Jährigen sind die Stichworte. Mit einem Zwangsaufenthalt in der elterlichen Wohnung sollen erwerbslose Hilfebedürftige bis zum 25. Lebensjahr an der Gründung eines eigenen Haushaltes gehindert werden. Durch ein sofortiges Jobangebot in irgendeiner Arbeit gleich bei der Antragstellung auf Arbeitslosengeld II soll die Arbeitswilligkeit erwerbsfähiger Hilfebedürftiger direkt geprüft werden. Der Arbeitszwang wird zur Voraussetzung für den Bezug von Leistungen. 3,8 Mrd. Euro wollen man so bei Hartz IV sparen.

Diesen Unverschämtheiten und der Respektlosigkeit der politisch Verantwortlichen setzen wir unsere Sicht der konkreten Folgen der neuen (Un-)Sozialgesetze sowie unsere Forderungen entgegen, die nur lauten können: **Weg mit Hartz IV und Agenda 2010.**

Schluss mit dem Sozialabbau.

UTE FREY auf der Montagsdemo am 13. März

Demo-Berichte:

74. Montagsdemo am 13.3.

An der 74. Montagsdemo in Eberswalde nahmen 38 Demonstranten teil. Die Demo reihte sich ein in die Reihe der Tribunale gegen Armut und Elend, die entsprechend einem Aufruf der BAG SHI in mehreren Städten der BRD in diesen Tagen durchgeführt wurden. In den Beiträgen wurden soziale Schweinereien in der BRD bzw. im Landkreis und der Stadt Eberswalde angeprangert.

Zu Beginn zitierte Ute Frey aus dem Aufruf der BAG SHI und begründete die Notwendigkeit zur Durchführung von Tribunale gegen Armut und Elend. Sie erläuterte, wie durch die Gesetze zum Sozialabbau die Menschen in Armut und Elend zwingen.

Manuela Richter beschäftigte sich mit dem Thema Altersarmut. »Was die Kohl-Regierung nicht wagte, die Schröder-Regierung hat es in Angriff genommen und die Merkel – Münterfering – Koalition bringt es zu Ende – das Ende der sicheren Rente«, sagte sie. Als nächster prangerte Frank Töpfer an, daß die Existenz der Suppenküche in Eberswalde in Gefahr ist. »Was ist das für eine Gesellschaft, die zu den reichsten der Welt gehört, und wo Suppenküchen nötig sind, um bedürftigen Menschen wenigstens eine warme Mahlzeit zu ermöglichen? Suppenküchen sind Ausdruck schreiender sozialer Ungerechtigkeit einer Gesellschaft«, führte er aus.

Die Streichung des Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr im Barnim war Gegenstand der Ausführungen von Albrecht Triller. Ein offener Brief an den Landrat, in dem Eberswalder Montagsdemo die Weiterführung des Sozialtickets gefordert hat, sei bisher unbeantwortet geblieben (Seite 9).

»Die wachsende soziale Kluft zwischen Arm und Reich ist das Ergebnis einer Politik, die die Umverteilung von unten nach oben zum Ziele hat«, sagte Erika Klätte. »Begründungen, wie Globalisierung, Internationaler Wettbewerb, Bevölkerungsentwicklung, notwendige Haushaltssanierungen, Erhaltung von Arbeitsplätzen, usw. dienen nur der Verschleierung der unsozialen Politik und sollen von den tatsächlichen Zielen ablenken, nämlich: Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das Kapital.«

Die Obdachlosenpolitik der Stadt zielt darauf ab, die Obdachlosen aus der Stadt zu verbannen. Nachdem das Heim am Luisenplatz geschlossen wurde, gibt es kein Obdachlosenheim mehr in Eberswalde, so Hartmut Stark. Obdachlose werden in Groß Schönebeck untergebracht. Vom offenen Mikro machten Jürgen Ilenz und Lothar Danner Gebrauch. Frank Töpfer informierte, daß die Arge den Zinsen der ALG II – Empfänger nachjagt, auch wenn es nur Pfennigbeträge sind.

Optisch war die Montagsdemo geprägt von einer »Schweinebande«. Sechs Pappschweine waren mit den »sozialen Schweinereien« dekoriert, zu denen die Redner jeweils sprachen.

75. Montagsdemo am 27.3.

Es war wohl weniger das 75. Jubiläum der Eberswalder Montagsdemo als vielmehr das Thema »Sozialticket«, daß es diesmal einige Teilnehmer mehr gab. Es mögen knapp 50 gewesen sein. Es war nicht zu unterscheiden, wer als Demonstrant zur Bushaltestelle gekommen war und wer nur als Passagier.

Auf jeden Fall fuhr der Bus erst einmal nicht ab, denn die Montagsdemonstranten hatten den Bus blockiert. »Sozialticket weitergewähren« war die Forderung, die die Demonstranten stellten.



Einige der Demonstranten sprachen mit dem Busfahrer und erläuterten ihm das Anliegen der Aktion. Sie fanden bei ihm Verständnis. Auch die wartenden Passagiere sahen die Aktion mit Sympathie.

Vor dem Bus verlas Ute Frey inzwischen einen Appell der Eberswalder Montagsdemo, in dem der Geschäftsführer der BBG aufgefordert wurde, das Sozialticket ab 1. April weiter zu gewähren. Sie übergab den Appell an den Kraftfahrer. Erst müsse sich die Politik in dieser Frage entscheiden, sagte sie, ehe der Geschäftsführer das Ticket streichen könne. Der Appell wurde auch als Handzettel an Passanten verteilt.

Auch eine Presseerklärung der PDS-Kreistagsfraktion wurde vorgelesen, in der ebenfalls die sofortige Weitergewährung des Sozialtickets gefordert wird. Eine unterstützende Presseerklärung soll es auch seitens der Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag geben, die aber den Demonstranten nicht vorlag.

Die Demonstranten diskutierten noch kurz über weitere Schritte zur Durchsetzung ihrer Forderung. Die Rede war von Aktionen wie Kassenschluß, Schwarzfahraktionen, Bus-Stops, Auftritt im nächsten Kreistag u.ä. Nach zehn Minuten gaben die Demonstranten die Straße wieder frei.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 03334/356542 (nach 18 Uhr)
 Fax: 01805/7511112596 · eMail: bbp@telta.de

Drohende Alters-Armut

»Die Rente ist sicher«, das hatte Norbert Blüm als Minister der Kohl-Regierung immer behauptet. Ob er es selbst geglaubt hat, weiß keiner, aber wenn er selbst nicht glaubte, so wagte er es nicht zu sagen.

Da sind wir heute weiter. Was die Kohl-Regierung nicht wagte, die Schröder-Regierung hat es in Angriff genommen und die Merkel-Münterfering-Koalition bringt es zu Ende – das Ende der sicheren Rente.

Münterfering beweist sich als großer Demagoge. Er ist kein Roter – er wird nicht einmal rot – wenn er erklärt: »Menschen für Menschen, Generation für Generation – das ist das Beste, was man machen kann.« Es wäre nötig, daß es Usus wird, daß alle neben der gesetzlichen Versicherung auch in anderer Weise sich aufs Alter vorbereiten«. Nur wovon sich die Menschen zusätzlich privat versichern sollen, das sagt er nicht. Vielleicht nach dem etwas verdrehten Motto: spare in der Not, da hast Du Zeit dazu.

Sozialminister Münterfering (wieso eigentlich »Sozial«minister, wo er doch so unsozial ist) hat schon jetzt 10 Jahre lang Nullrunden für die Rentner angekündigt. Bis zum Jahre 2016. Zwar würden die an die Löhne gekoppelten Renten ab 2010 wieder steigen, aber dann müßten die ausgebliebenen Rentendämpfungen nachgeholt werden, so daß weitere Nullrunden folgen. Aber tatsächlich gibt es keine

Nullrunden. Vielmehr sinkt die Rente, bzw. die Kaufkraft der Rente, denn die Preise steigen und steigen. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 3 % wird weiteren Kaufkraftschwund bewirken, auch wenn sie nicht für Lebensmittel gilt.

Thema unserer Montagsdemo war schon die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre. Arbeitsminister Münterfering (wieso eigentlich »Arbeits«minister, denn er produziert nur weitere Arbeitslose) will die Menschen bis 67 arbeiten lassen. Dabei gibt es schon jetzt 5 Millionen Arbeitslose.

Er schwafelt davon, man könne nicht auf die Erfahrungen der Älteren verzichten und will ihre längere Beschäftigung noch subventionieren. Die Unternehmen werden sich freuen und die Subvention gerne mitnehmen, aber Arbeitsplätze entstehen so nicht.

Aber Herrn Münterfering geht es eigentlich in erster Linie darum, Rente zu sparen. Die Folge ist zunehmende Altersarmut. Am Ende eines langen Arbeitslebens oder Arbeitslosenlebens werden immer mehr Menschen vor dem Nichts stehen. Und das ist eine soziale Schweinerei und der Unsozial- und Arbeitslosenminister Münterfering ist in diesem Sinne ein Schweinetreiber.

MANUELA RICHTER am 13. März

Eberswalder Suppenküche in Not

In den letzten Tagen konnte man in der Märkischen Oderzeitung lesen: »Eberswalder Suppenküche in Not«. Man fragt sich sowieso: Was ist das für eine Gesellschaft, die zu den reichsten der Welt gehört, in der aber Suppenküchen nötig sind, um bedürftigen Menschen wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag zu ermöglichen?

Suppenküchen sind Ausdruck schreiender sozialer Ungerechtigkeit einer Gesellschaft. Auf der einen Seite Superreiche, die nicht wissen, was sie mit ihrem vielen Geld anfangen sollen – auf der anderen Seite Menschen, die um ihre nackte Existenz bangen. 10 % der Gesellschaft gehört die Hälfte des Vermögens, die übrigen 90 % müssen sich den Rest teilen.

Solange solche Verhältnisse bestehen, ist es gut, daß es Menschen gibt, die sich für die Schwächsten der Gesellschaft einsetzen, so auch in der Suppenküche Eberswalde. Die Bereitstellung einer warmen Mahlzeit ist jeden Tag ein Kampf, für die meisten unsichtbar, auf einem Hinterhof in der Eisenbahnstraße. Da sollte man meinen, daß dies auch von den Behörden anerkannt und unterstützt wird.

Stattdessen droht die Gefahr, daß die Sozialarbeiterstelle in der Suppenküche im Sommer ausläuft, was das Ende der Suppenküche bedeutet. »In schwierigen Zeiten der Finanzhaus-

halte muß überall gespart werden« ist ein Standardsatz der politisch Verantwortlichen. Gespart wird aber immer nur unten, wo die Not schon am größten ist.

Die »schwierigen Zeiten« der Finanzhaushalte sind aber kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis einer Politik der Umverteilung von unten nach oben. Die Gewinne der Unternehmen wachsen und wachsen, die Reichen werden immer reicher und die politisch Verantwortlichen mästen sich auf Kosten der Allgemeinheit.

Da bleibt nichts für eine Suppenküche. »Was geht uns fremdes Elend an«, scheint das Motto zu sein. Bei jeder Montagsdemo stehen wir hier vor dem Kreishausneubau und sehen, wo das Geld der Bürger bleibt. In diesem großen Haus sollten sich künftig ein Raum und ein oder zwei Angestellte für die Suppenküche finden. Dann müßten die hohen Herren wenigstens ständig zur Kenntnis nehmen, welche Folgen ihre Politik hat.

FRANK TÖPFER am 13. März 2006

Im Anschluß an diese Rede nahm sich Ute Frey den Hut von Helmut Rubbert und rief die Anwesenden zu einer Spende für die Suppenküche auf. Überraschenderweise erbrachte die Sammlung 114,17 Euro, die Ute Frey am 15. März an die Suppenküche übergab.

»Besuch« beim Landrat

Im Vorbereitungskreis der Eberswalder Montagsdemo herrschte am 15. März totales Unverständnis, daß der Landrat bis dahin nicht auf den Offenen Brief von Eberswalder Montagsdemo reagiert hatte. Dieser Brief war am 28. Februar übergeben worden. Da darin die Forderung zur sofortigen Weitergewährung des Sozialtickets enthalten war, war eine prompte Reaktion erforderlich. Der Vorbereitungskreis entschied daher, den Landrat demonstrativ aufzusuchen, um so eine Antwort einzufordern.

Inzwischen war ein Antwortschreiben des stellvertretenden Landrats eingetroffen (siehe den *nebenstehenden Beitrag*), aber auf die wesentlichen Inhalte des offenen Briefes war Herr Bockhardt nicht eingegangen. Also blieb die Eberswalder Montagsdemo dabei und besuchte am 22. März den Landrat.

Als fast 20 Personen um 10 Uhr mit einem Journalisten vor dem Büro des Landrates erschienen, befand sich dieser in einer Beratung. Seine Sekretärin lehnte es ab, den Landrat überhaupt darüber zu informieren, daß Bürger den Landrat sprechen möchten. Selbst eine eventuell nur kurze Unterbrechung seiner Beratung stand für die Sekretärin außerhalb jeder Debatte. Der stellvertretende Landrat wäre in Prenzlau und Dezernent Dr. Mocek mit in der Beratung des Landrates.

So konnte der Landrat nur aus der Presse zur Kenntnis nehmen, daß vor seiner Tür Demonstranten standen mit Plakaten wie: »Ohne Mobilität keine Freiheit – Sozialticket weitergewähren«, »Der Aufsichtsrat streicht – die Politiker schauen zu«, »Wir fordern: Sozialticket sofort weitergewähren« und »Wir fordern Sozialticket oder jährlich zwei Paar Schuhe«. Aber das hat ihn aber wahrscheinlich sowieso nicht interessiert, denn wer was will, der soll sich bei ihm um einen Termin bemühen, denn er hat hier das sa-



gen. Daß das Volk der eigentliche »Sowerän« ist, zählt nur in Wahlzeiten. Könnte der unangemeldete Besuch eventuell den Wunsch beim Landrat erzeugen, von sich aus den Gesprächskontakt zu suchen? Wohl kaum.

Die Demonstranten entschlossen sich zu warten. Sie nutzten die Zeit, ihrem Herzen Luft zu machen und diskutierten miteinander die weitere Vorgehensweise. Frank Töpfer las den Anwesenden den Antwortbrief des stellvertretenden Landrates vor und interpretierte diesen entsprechend. Bei der nächsten Montagsdemo am 27. März werde das Sozialticket erneut Gegenstand sein. Weitere Aktionen werden folgen.

Plötzlich erschien die Gestalt des Dezernenten Dr. Mocek in der Tür. Die Demonstranten glaubten einen Moment, die Beratung des Landrates sei zu Ende. Ehe sie begriffen, daß es nur die Chance gab, Dr. Mocek anzusprechen, hatte sich dieser schon durch die Wartenden gedrängt und war zur nächsten Beratung ent-eilt.

Die nächste »Sprechstunde« wird die in der Einwohnerfragestunde des Kreistages am 26. April sein, wenn das Sozialticket nicht in-zwischen weitergewährt wird.

Eberswalder Montagsdemo

Arbeitslose sanieren Bundeshaushalt

Berlin (bbp). Mehr als eine Milliarde Euro Fördermittel für Arbeitslose ließen die Koalitionsfraktionen im Haushaltsloch von Finanzminister Steinbrück verschwinden. Das erklärte Sabine Zimmermann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion »Die Linke«. Ihre Fraktion hatte beantragt, einen Teil der im Jahr 2005 nicht eingesetzten Mittel der Arbeitsmarktförderung in das Jahr 2006 zu übertragen. In einer Nachsitzung vor fast leerem Haus, wurde der Antrag abgelehnt. Offenbar waren auch die meisten Abgeordneten der Linksfraktion schon nach Hause gefahren.

Nach Angaben der Bundesregierung wurden im Jahr 2005 nur 57 Prozent der Eingliederungstitel ausgegeben. Damit gingen 2,8 Milliarden Euro im Kampf gegen Arbeitslosigkeit verloren.

»Inzwischen ist es anscheinend kein Skandal mehr«, sagte Sabine Zimmermann, »wenn wie im letzten Jahr fast die Hälfte der Mittel zur Förderung von Langzeitarbeitslosen nicht mehr ausgegeben wird und die Gelder stattdessen zum Stopfen der Haushaltsmittel verwendet werden«. Für die Arbeitslosen sei das eine Katastrophe, auch weil die Bundesregierung für dieses Jahr bisher nur 70 Prozent der Fördermittel zur Ausgabe frei gegeben habe.

Es sei schon verrückt: Während der Konzern Daimler Chrysler trotz eines Gewinns von 2,8 Milliarden Euro im letzten Jahr keinen einzigen Cent an Steuern gezahlt hat, wird der Haushalt mit Milliarden auf Kosten der Arbeitsförderung saniert, »obwohl über 5 Millionen Arbeitslose jede Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt brauchen«.

Politischer Wille gefragt

Antwort auf den Offenen Brief von Frank Töpfer zum Sozialticket (BBP 3/2006)

Ihr Schreiben vom 28.02.2006 zum Sozialticket für den ÖPNV habe ich erhalten. Nach der Entscheidung des Aufsichtsrates der Barnimer Busgesellschaft zur Abschaffung des Sozialtickets würde es jetzt grundsätzlich dem politischen Willen im Landkreis Barnim obliegen, über eine erneute Einführung des Sozialtickets zu entscheiden.

Ich möchte aber darauf hinweisen, daß ein Sozialticket für den Bereich des Landkreises Barnim im Widerspruch zu dem erklärten und aus Kunden- und Aufgabenträgersicht zu befürwortenden Bestrebungen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg steht, im Gebiet der Länder Berlin und Brandenburg lediglich verbundweite Tarife in Anwendung zu bringen.

Die Frage der Landesweiten Einführung eines Sozialtickets war Gegenstand von Beratungen bei der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH. Es wurde darauf verwiesen, daß entstehende Mehrkosten allein von den Aufgabenträgern zu übernehmen sein würden, was aber von diesen einstimmig abgelehnt wurde.

CARSTEN BOCKHARDT, stellv. Landrat

Obdachlose in Eberswalde

Ein Obdachlosenheim gibt es nicht mehr in Eberswalde. Das Heim am Luisenplatz wurde geschlossen. »Heile Stadt Eberswalde« möchte man da sagen. Aber gibt es tatsächlich keine Obdachlosen in Eberswalde. Schön wär's.

2005 hatte Eberswalde 64 Obdachlose. Es gibt Obdachlosenwohnungen für Familien, die ihre Wohnung – in der Regel durch Mietschulden – losgeworden sind. Sie erhalten Wohnungen an nicht bekannten Standorten, die die WHG im Auftrag der Stadt dafür bereit hält. Wer in einem Obdachlosenheim untergebracht werden muß (meist weil er noch zusätzliche Probleme hat), wird in ein Objekt nach Groß Schönebeck abgeschoben.

Auf diese Weise verbannt man sie aus dem Eberswalder Stadtbild. Gibt es kein Obdachlosenheim mehr, hat man auch kein Problem mehr mit den durchziehenden Obdachlosen. Wenn ein ortsfremder Obdachloser nach Eberswalde kommt, muß er sich außerhalb der Behördensprechzeiten an die Polizei wenden und dort erfragen, wo er über Nacht bleiben kann. Die stellt dann den Kontakt mit den Verantwortlichen der Stadt her, damit der Betroffene untergebracht wird.

Welcher Obdachlose wird diesen Weg über die Polizei wohl gehen? Mit dieser Methode hält sich Eberswalde erfolgreich die Obdachlosen vom Hals. Und dann brüstet man sich mit der Aussage: wir liegen bei Obdachlosen unter dem Landesdurchschnitt.

Dies kann man nur als soziale Schweinerei bezeichnen.

HARTMUT STARK am 13. März

Hartz IV-Polizei Kein Lohn unter 7,50 Euro

Eberswalde (bbp). Der frühere Sozialdezernent Ulrich Gräfe, von manchem Betroffenen auch gern als »Unsozialdezernent« bezeichnet, hat kürzlich die Leitung der sogenannten ARGE übernommen. Die ARGE, ein Gemeinschaftsprojekt von Landkreis und »Agentur für Arbeit«, ist für die Verwaltung der Empfänger von Arbeitslosengeld II zuständig. Dieses ALG II entstand durch Zusammenlegung der früheren Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe und wird auch als Hartz IV-Geld bezeichnet.

Seit Gräfe die ARGE übernommen hat, weht dort ein anderer Wind. Nunmehr wird auch vor den übelsten Methoden der Kontrolle am Rande der Illegalität nicht zurückgeschreckt. Von den Teilnehmern der Montagsdemo waren erste Berichte zur diskriminierenden Tätigkeit der »Hartz IV-Polizei« zu hören, die sich unter Androhung von Sanktionen Zutritt zu den Wohnungen Betroffener verschaffen wollte. Andreas Steiner, der Unterbezirksvorsitzende der AfA Barnim, erhielt Mitte März zwecks »Überprüfung der Lebensverhältnisse« Besuch einer »Bedarfsmittlerin«. Andreas Steiner verwahrte sich gegen die Schnüffelpraxis und verwehrte der ARGE-Mitarbeiterin den Zutritt zu seiner Wohnung. Prompt erhielt er jetzt einen Fragebogen zugeschickt. »Die darin enthaltenen Fragen sind schlichtweg eine Unverschämtheit«, meint der AfA-Unterbezirksvorsitzende, »weil man hier genötigt wird, Angaben zu sehr persönlichen Verhältnissen zu machen«. Es seien inquisitorische Frage, bei denen es ohne Relevanz sei, ob man sie mit Ja oder Nein beantwortet. »Denn sie legen einen a priori in den Mund, in einer eheähnlichen Gemeinschaft zu leben.«

Gefragt wird beispielsweise: Gibt es gemeinsame Aktivitäten innerhalb bzw. außerhalb der Wohnung? Werden Urlaube gemeinsam durchgeführt? Sind Sie für den anderen schuldrechtliche Verpflichtungen eingegangen? etc. etc.

Steiner hält es für zweifelhaft, »ob dieser Schrieb überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Als Mitglied der AfA Barnim und als Sozialdemokrat sehe ich es als meine Pflicht an, diese Methoden des Job-Centers Barnim an die Öffentlichkeit zu bringen, weil ich weiß, daß viele andere Leute genauso wie ich unter dieser Knute des Job-Centers stehen. Wir müssen jetzt in breiter solidarischer Front etwas gegen diese Nötigungen tun.«

Schließung Vertriebsstelle

Bernau (bbg). Mit dem 28. März 2006 schließt die BBG-eigene Vertriebsstelle am Bernauer ZOB. Künftig können die Fahrausweise des VBB dann wie gehabt in den Bussen der BBG oder dem »Presse-Shop Oelschläger« (ebenefalls ZOB) erworben werden. Wer seine Monats- oder Jahreskarte per EC-Zahlung erwerben möchte, kann dies allerdings nur noch auf dem Bernauer Betriebshof der BBG in der Carl-Friedrich-Benz-Straße 1 tun.

Bundesweite Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

Carsten Zinn (ver.di-Bezirkserwerbslosenausschuß Uckermark/Barnim) und Andreas Steiner (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD im Barnim) rufen alle sozial engagierten Gruppen und Personen in der Region auf, sich an der bundesweiten Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu beteiligen.

Die Initiative Mindestlohn wurde im Januar 2006 gemeinsam von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) gegründet. Sie ist ein überparteiliches und zeitlich befristetes Bündnis von Einzelpersonen und Organisationen und offen für alle, die für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland eintreten. Begleitet wurde sie mit der groß angelegten bundesweiten Plakataktion »Arm trotz Arbeit? Kein Lohn unter 7,50 Euro«. Zum Auftakt der Kampagne erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, die Gewerkschaften hätten zwar zur Kenntnis genommen, daß die Regierungskoalition das Problem der Niedriglöhne erkannt habe. Aber sie müsse nun unter Beweis stellen, daß sie es auch ernst meine, Mindestbedingungen für den Niedriglohnsektor gesetzlich zu regeln.

Rund 2,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten nur Armutslöhne. Das sind Verdienste für Vollzeitarbeit bis maximal 1442 Euro brutto oder 1012 Euro netto. »Das ist für Deutschland unwürdig«, beanstandet die ver.di-Vizechefin. Und die Situation habe sich mit den Hartz-Gesetzen verschärft. »Wir wollen mit unserer Kampagne der Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn mehr Schub geben«, sagt sie. Mit Blick auf die Debatte in den Gewerkschaften um einen gesetzlichen Mindestlohn verweist der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg auf die veränderte Tariflandschaft in Deutschland mit geringerer Tarifbindung. Und er bringt einen Mindestlohn-Rat in die Debatte. Das achtköpfige Gremium, das den Bundesarbeitsminister für den Mindestlohn beraten könnte, soll aus je zwei Gewerkschafts-

und Wirtschaftsvertretern bestehen sowie aus vier Wissenschaftlern, von denen jeweils zwei von der Gewerkschaftsseite und der Wirtschaftsseite benannt werden.

Der gesetzliche Mindestlohn, so ver.di und NGG, soll im ersten Schritt auf 7,50 Euro in der Stunde und dann stufenweise spätestens bis 2010 auf 9 Euro fixiert werden. Der Mindestlohn soll dahin entwickelt werden, daß ein Nettoeinkommen erreicht wird, das unter Berücksichtigung eines Kindes ein Einkommen oberhalb der Alg-II-Grenze gewährleistet. In einigen EU-Ländern, in denen es gesetzliche Mindestlöhne gibt, liegt der Mindeststundenlohn schon heute über 7,50 Euro. Spitzenreiter ist Luxemburg mit 8,69 Euro; in Frankreich liegt er bei 8,03 Euro. Die Gewerkschaften sehen im gesetzlichen Mindestlohn ein Instrument, das ein weiteres Abrutschen des Lohnniveaus verhindert. Außerdem kann es zum Abbau der Lohndiskriminierung von Frauen beitragen. Im Zuge des anhaltenden Umbaus des Sozialstaats sind vielfältige Regelungen verloren gegangen, die der Sicherung von sozialen Mindeststandards in Deutschland gedient haben. Die Folge ist ein sinkendes Einkommensniveau und eine wachsende Zahl arbeitender Menschen, die trotz Arbeit arm sind und keine Chance auf Verbesserung ihrer Lebenssituation haben. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, wie er in den meisten europäischen Ländern und in den USA üblich ist, ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung sozialer Mindeststandards. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden europäischen Dienstleistungsrichtlinie ist der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland unverzichtbar geworden.

Die Initiative Mindestlohn ist der Überzeugung, daß Arbeit nicht arm machen darf. Daher wird ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde angestrebt, der schrittweise auf 9 Euro erhöht werden soll.

Die Mindestlohnkampagne kann von jedem und jeder Einzelnen unterstützt werden, beispielsweise im Internet unter www.mindestlohn.de.

Appell an die BBG

Seit dem 1. März wird das Sozialticket für den ÖPNV im Barnim nicht mehr gewährt. Das Sozialticket gibt es seit Juli 1998. Es war ein Ergebnis der Arbeitslosendemos 1998 – eine politische Entscheidung des Landkreises. Wir verstehen nicht, warum nun die Barnimer Busgesellschaft eine Entscheidung getroffen hat, die allein dem Landkreis als Träger des ÖPNV zukommt...

Wir verstehen, daß die Barnimer Busgesellschaft als rechtlich selbstständiges Unternehmen die Erwartung hat, daß die aus politischen Entscheidungen des Trägers resultierenden wirtschaftlichen Folgen auch durch den Träger übernommen werden. Dies ist jedoch eine Frage, die Sie mit dem Träger klären müssen. Es ist unbillig und unsozial, quasi über Nacht die Folgen fehlender politischer Entscheidungen auf die Schwächsten der Gesellschaft abzuwälzen... Für viele der bisherigen Sozialticketnutzer bedeutet Ihre Entscheidung eine weitere Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben der Stadt und des Landkreises...

Bis sich der Kreistag mit der Frage Sozialticket beschäftigt und in dieser Frage entschieden hat, appellieren wir an Sie, das Sozialticket weiter zu gewähren... Seien Sie fair und gerecht. Gewähren Sie ab 1. April wieder das Sozialticket für den ÖPNV! Eberswalder Montagsdemo

Tag der Erneuerbaren Energie

Am 26. April 2006 jährt sich zum 20. Mal die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Bis zu 100.000 Menschen sind bisher an den Folgen dieses Super-GAU gestorben, 400.000 mußten umgesiedelt werden, sehr viele erkrankten schwer. Mehr als 200 Gemeinden hörten auf zu existieren.

Mit dem Tag der Erneuerbaren Energien soll in diesem Jahr besonders an diese größte technische Katastrophe der Menschheitsgeschichte erinnert werden. Die Risiken der Atomtechnologie, das absehbare Ende der fossilen Energieträger sowie die von ihnen ausgehende Klimabedrohung machen inzwischen überdeutlich: Den erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse gehört die Zukunft.

Wir laden Sie herzlich ein, einige der bereits zahlreich vorhandenen modernen Energieanlagen in unserer Region zu besichtigen. Gern können Sie auch im Rahmen einer geführten Familienradtour mehrere Besuchsstationen »abklappern«.

Folgende Einrichtungen, Unternehmen und Privatpersonen sind freundlicherweise bereit, ihre Türen am 29. April zu öffnen:

[1] Waldsolarheim Eberswalde,

10:00 – 16:00 Uhr Tag der offenen Tür

* Neues Solarkabinett

* Besichtigung der Photovoltaikanlage und des Blockheizkraftwerks (BHKW)

* Infostand der Firma MP-Tech zu Photovoltaik- und Solarwärme

Ort: Brunnenstr. 25, Eberswalde (Ortsausgang Richtung Bernau)

[2] REpower Systems AG Trampe

11:00 – 12:00 Uhr

* Besichtigung der Produktionshalle für Windenergieanlagen

* Präsentation der weltweit größten Windkraftanlage REpower-SM

Anmeldung unter Tel. 033451/55860

Ort: Kruger Damm 11, Trampe (Ortsausgang Richtung Heckelberg)

[3] Windkraftanlage MD 70 der Firma REpower AG in Lichterfelde

10:00 – 14:00 Uhr

* Besichtigung und Möglichkeit zur Besteigung der 1,5 MW-Anlage mit einer Nabenhöhe von 85m

Ort: Blütenberger Weg, Lichterfelde

(außerhalb der Ortslage, an der Straße Richtung Blütenberg)

[4] Holzpellettheizanlage der Fachhochschule Eberswalde

10:00 – 12:00 Uhr

* Besichtigung der neu installierten Heizanlage auf der Basis von Holzpellets

Ort: Stadtcampus der FH Eberswalde, Eberswalder Str. 28, Haus 1

[5] Photovoltaikanlage auf Mehrfamilienhaus

13:00 – 15:00 Uhr

* Herr Fennert stellt die privat betriebene 3 kW-Anlage vor

Ort: Triftstr. 32, Eberswalde (Westend)

[6] Blockheizkraftwerk Stadtwerke Eberswalde

10:00-12:00 Uhr

* Besichtigung der Anlage zur Strom- und Wärmezeugung (BHKW; Kraft-Wärme-Kopplung)

Ort: Brandenburgisches Viertel, Prignitzer Str.

[7] Deponiegasanlage Eberswalde-Ostende

1. Führung 10:00 Uhr

2. Führung 11:00 Uhr

* Besichtigung der Deponiegasfassung und des modernen BHKWs zur Strom- und Wärmeproduktion

Ort: Eingangsbereich der Deponie Ostende (Zufahrt über die Straße Ostender Höhe)

[8] Biogasanlage des ZWA Eberswalde

* Besichtigung der Anlage zur Nutzung von Biogas aus der Kläranlage Eberswalde

Ort: Kläranlage Eberswalde, Eichwerder Straße

Der Tag der Erneuerbaren Energien wird organisiert vom Energiesparkontor Barnim e.V. und Bündnis 90/Die Grünen Barnim. Er steht unter dem Motto »BARUM 111« – 111 % Energie aus der Region.

Kontakte: Energiesparkontor e.V., Tel. 03334/32281

Bündnis90/Die Grünen, Tel. 03334/384074

www.energietag.de, www.barum111.de,

www.gruene-barnim.de

Energiesparkontor setzte Schwerpunkte 2006

Eberswalde (bbp). Die Fortschreibung und Umsetzung von BARUM 111 wird auch im Jahr 2006 zu den Schwerpunkten der Tätigkeit des Energiesparkontors Barnims gehören. Dem soll u.a. ein »Umsetzungsforum BARUM 111« dienen. Weitere Schwerpunkt ist das Projekt Bürgerfotovoltaikanlage und die Einführung des neuen Energiepasses für Gebäude. Wichtig ist dem Verein auch die Begleitung der Projekte Kreishaus, Holzhackschnitzelkraftwerk im Hafen Eberswalde, Oberstufenzentrum, WHG Fotovoltaikanlagen, Fotovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden der Stadt sowie Biomasse-

se- und Fotovoltaikanlagen in der Landwirtschaft. Ein Teil davon wird am Tag der Erneuerbaren Energie am 29. April vorgestellt. Dieser Tag wird ein Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Energiesparkontors zu der auch der »Energiebrief«, Pressemitteilungen, der Internetauftritt sowie die Durchführung eines Forums zur Energieeinsparung gehören. Desweiteren wollen sich die Mitglieder des Energiesparkontors im Rahmen von Erfahrungsaustauschen im 1. Halbjahr das Fotovoltaikwerk in Prenzlau und im 2. Halbjahr das Pelletwerk in Schwedt besuchen.

WITO fördert Kooperation

Partnerschaftliche Beziehungen zwischen Regionen sind nichts besonderes, auf Partnerstädte und -regionen kann fast jeder verweisen. Doch nur selten entwickelt sich daraus eine echte Erfolgsgeschichte für die Wirtschaft. Und der Landkreis Barnim hat eine parat!

Seit etwa fünf Jahren währt nun die enge Zusammenarbeit zwischen den Regionen Barnim und Ontario (Kanada), so auch zum Aufbau von Unternehmenskooperationen in Form von Know-How-Transfer, Lizenzvergaben und Joint Ventures.

Die WITO Barnim offeriert Unterstützung speziell für innovative und technologieorientierte KMU zur Überwindung der Eintrittsbarrieren in den kanadischen Markt. Und nicht nur dorthin. Ontario bietet eine exponierte Ausgangsposition um, über die großen Seen hinweg, auch die nördlichen Wirtschaftszentren der USA zu erreichen. Für den Großteil kanadischer Firmen, in Ontario vor allem für die verarbeitende Industrie, sind die Vereinigten Staaten der Hauptabsatzmarkt.

Mit einem kanadischen Partner an der Seite auch für deutsche Unternehmen. Belohnung sind zum Beispiel Zollfreiheit und rechtliche Anerkennung von Produkten und Lizenzen. Voraussetzung dafür ist die vorbildlich funktionierende Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, Wirtschaftsfördergesellschaften und bei Bedarf auch Consultingfirmen auf kanadischer Seite.

Für das Jahr 2006 stehen im Rahmen des Regionalmanagements Mittel für die Realisierung des ersten persönlichen Kontaktes zwischen potentiellen Partnern zur Verfügung. Dem voran geht ein individueller Ausleseprozess, der mittels eines qualifizierten Unternehmensportraits (Produkt- bzw. Innovationsbeschreibung) durchgeführt wird. Ist das passende Pendant gefunden und die Einladung ausgesprochen, so trägt das deutsche Unternehmen ausschließlich die eigenen Reisekosten. Von der Förderung ausgeschlossen sind reine Import-Export-Beziehungen.

In den vergangenen Jahren konnten auf dieser Grundlage bereits mehrere Verträge geschlossen und neue Märkte erobert werden. Die nächste Delegation wird im Herbst nach Ontario reisen.

ANKE BIELIG (aus WITO-News)

Deutsch-polnische Projekte

Eberswalde (bus). Die Kommunalgemeinschaft POMERANIA bietet Unterstützung für deutsch-polnische Projekte an. Über den Fonds für kleine Projekte (Small Project Fund) können grenzübergreifende Projekte, Workshops oder Begegnungen in der Euroregion Pomerania gefördert werden. Die Gesamtkosten dürfen 2.500 Euro, in Ausnahmefällen 5.000 Euro, nicht überschreiten. Gefördert werden bis zu 90 % der Gesamtkosten. (Tel.: 03332/538925. www.pomerania.net)

Schweinegeld

An einem der letzten Sonnabende las ich im »Eberswalder Blitz« auf der 2. Seite einen Aufruf des Vereins Barnim-Uckermark e.V. zur Namensfindung eines geplanten Regionalgeldes. Sofort fiel mir der Name »Ebergold« ein, wobei ich natürlich beim Regionalgeld an die goldenen Barnis dachte. Irgendwie ist der Name begründbar, denn nach Fertigstellung des neuen Kreishauses läßt sich von dort aus auch die aussterbende Uckermark verwalten. Die dort übriggebliebenen könnten sich dann mit dem Eber identifizieren.

Lokalwährungen gibt es schon, z.B. in Klagenfurt. Dort gibt es bei der Sparkasse Kärnten für 10 Euro den Stadttaler aus Messing, welcher bei ausgewählten Geschäften der Stadt als Zahlungsmittel anerkannt wird.

Aber so richtig habe ich die Sache mit dem Lokalgeld nicht verstanden. Vor 4 Jahren hat man mir in den Medien euphorisch versucht klarzumachen, wie toll doch der Euro sei, welcher Wirtschaftsaufschwung dann einsetzen wird, und daß ich beim Griff in die Geldbörse daran erinnert werde, ein richtiger Europäer zu sein. Aus der Spieltheorie weiß ich, daß es die bessere Strategie ist, immer mit dem Kontrahenten zu kooperieren. Das bedeutet, ich muß den Euro als europaweite einheitliche Währung (oder Wehrung nach der nächsten Rechtschreibreform) akzeptieren, und meine Chancen daraus ableiten. Eine lokale Abgrenzung wird sicher nicht erfolgreich sein.

Mit einem »Ebergold« wird es ohnehin nichts, weil in der BRD nur der Staat, d.h. das Bundesfinanzministerium die Münzhoheit ausübt. Aber wie wäre es mit Papiergeld? Das gibt es auch schon als Chiemgauer. Bei uns könnte es vielleicht »Ebergeld« heißen, da bräuchte nur ein Buchstabe zum »Ebergold« geändert werden. Es würde zwar etwas an das Eberswalder Notgeld erinnern, aber der Gedanke ist verlockend, wenn man bei der Sparkasse Barnim Euros einzahlt und dann dafür ein Schweinegeld erhälte.

Dr. EBERHARD SCHWEINS

Klosterdorfer Sonntag

2. April: Stärkung regionaler Wirtschaft.
Das Beispiel der Tauschbörsen

In der herrschenden Wirtschaft bestimmen große Konzerne den Absatz auf den Märkten. Ohne massive Werbung geraten regionale Produkte ins Hintertreffen. Wir berichten von Versuchen, die Überlebenschancen auch der kleineren regionalen Unternehmen zu verbessern. Eine interessante Form des direkten regionalen Wirtschaftskreislaufs sind die Tauschbörsen: Anbieter und Käufer treffen sich auf Märkten, wo sie ihre Güter und Dienstleistungen anbieten und nachfragen. Zahlungsmittel ist nicht der Euro, sondern frei vereinbarte Wertmarken, die auf allen Tauschmärkten akzeptiert werden.

Selbstbestimmt, ökologisch, solidarisch

Seit März 1993 besteht die Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (kurz: ÖkoLeA), die auf einem alten märkischen Hof in Klosterdorf bei Strausberg ein Gemeinschaftsprojekt aufgebaut hat. Hier versuchen Menschen selbstbestimmt, ökologisch verantwortlich und miteinander solidarisch zu leben und zu arbeiten. Zur Zeit leben bei ÖkoLeA 18 Erwachsene und 8 Kinder aus Ost und West zwischen 1 und 75 Jahren. Jede/r bringt nach ihren/seinen Möglichkeiten Zeit, Geld und Kraft ein. Probleme, die alle angehen, versuchen wir, gemeinsam zu lösen. Sie führen eine gemeinsame Hauswirtschaft; bewirtschaften einen Permakulturgarten, der teilweise als Lehrgarten dient und bietet durch das Bildungswerk ein umfassendes Kursangebot an. 2001 haben einige Kommunemitglieder die Holzofenbäckerei »Drachenbrot« gegründet, die seitdem ihr Gewerbe auf dem Hofgelände betreibt.

Grundsätze

Projekte und den Haushalt finanzieren wir aus einer gemeinsamen Kasse, in die wir die Hälfte der individuellen Einkommen zahlen. Die wichtigsten Grundsätze unseres Zusammenlebens ist die Entscheidungsfindung im Konsensverfahren. Kinderbetreuung betrachten wir als gemeinschaftliche Aufgabe. Unser Hof ist Gemeinschaftseigentum. Hauswirtschaft und Materialfundus, Werkstatt und Garten sowie Autos nutzen wir gemeinsam. Wir bemühen uns, unsere Lebensweise ökologisch verantwortlich zu gestalten. In Bildungsveranstaltungen versuchen wir, Erfahrungen, die wir miteinander und mit unserer Lebensweise gesammelt haben, an andere weiterzugeben.

Unser Standort

1993 hat die ÖkoLeA Klosterdorf den Hof auf einem ca. einen Hektar großen Stück Land von der Treuhand kaufen können. Er liegt im Dorf (ca. 450 EinwohnerInnen) am Dorfbanger, neben der 760 Jahre alten Kirche.

Die Hofgebäude (Wohnhaus, Kälberstall, Kuhstall, Scheune) wurden in mühsamer Restaurierungs- und ökologisch verantwortlicher Modernisierungsarbeit bewohnbar gemacht. Das Wohnhaus konnte Ende 1994 bezogen werden; es beherbergt Büro- und Wohnräume. Ab Frühjahr 1995 wurde der ehemalige Kälberstall restauriert, als Wohn- und Gemeinschaftshaus ausgebaut und im Februar 1997 fertiggestellt. Von Frühjahr 2000 bis Frühjahr 2001 haben wir den großen Kuhstall in einer ersten Etappe ausgebaut. Im Parterre wurde ein Saal mit Sanitärbereich und Küche und Räume für die Holzofenbäckerei »Drachenbrot« eingerichtet. Im Obergeschoss wurden im vergangenen Jahr privater Wohnraum und Übernachtungsmöglichkeiten für Seminargäste schaffen. Ferner entstand im Zuge dieser Baumaßnahme ein Atelier für Kunst und Handwerk und ein Hofladen mit Info-Café.

Bildungswerk

In unserer kommunitären Gemeinschaft wollen wir nicht nur eine menschen- und umweltverträgliche Form für unser eigenes Leben zu finden, sondern auch Anreize zum Nachdenken und die Möglichkeit zum Lernen geben. Seit gut zehn Jahren bietet das Bildungswerk des ÖkoLeA e.V. (Verein für Bildung und Kultur, Ökologie und Gesundheit e. V.) Semi-

nare und Kurse im ökologischen und gesellschaftspolitischen Bereich sowie im Garten, Kunst und Altes Handwerk an. Der Verein begann seine Arbeit mit Erfahrungsberichten über die Restaurierung der alten Hofgebäude nach ökologischen Grundsätzen, wie Verwendung baubiologischer Materialien, Einbau von Solaranlagen und Komposttoiletten. Mit seinem Veranstaltungen informiert das Bildungswerk seither über ökologische Zusammenhänge und Lebensperspektiven, insbesondere über das Leben in einer Gemeinschaft, über Elemente des biologischen Gartenbaus und der Permakultur. Seit diesem Jahr gibt es verschiedene Umweltbildungsveranstaltungen sowie Angebote zur Körperarbeit wie Yoga, Atemtherapie und Meditation. Außerdem beteiligt sich das Bildungswerk an Märkten, Dorffesten und am jährlichen Hoffest, um ökologische Gedanken und Verhaltenweisen auch in der direkten Nachbarschaft zu verbreiten.

Finanzierung

Die Gründung dieses sozial-ökologischen Gemeinschaftsprojekts wurde ermöglicht durch Spenden und Darlehen der Mitglieder an den Verein, Darlehen der Ökobank, der GLS und Spenden. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau des ÖkoLeA-Projekts wurde teils aus eigenen Mitteln, teils aus Fördermitteln wie LEADER+ (EU-Gelder) finanziert. Der Betrieb des Bildungswerk beruht vorwiegend auf ehrenamtlicher Tätigkeit. Seit einigen Jahren werden wir von der brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Ferner kooperieren wir mit Volkshochschulen und örtlichen Kulturvereinen.

Kontakt

Zum Kennerlernen unseres Projektes bietet sich der »Klosterdorfer Sonntag« an – ein Informationstag jeweils am ersten Sonntag des Monats von März bis Oktober. Den Besucher erwartet hier ein ausgiebiges Frühstück, eine Führung über das Hofgelände sowie eine Diskussion konkreter gesellschaftspolitischer Themen vor dem Hintergrund der Erfahrungen in unserer Lebensgemeinschaft. Daneben vermieten wir unsere Seminarräume und Gästezimmer auch an Gruppen und Einzelpersonen.

KATJA RESAGK

ÖkoLeA Bildungswerk, Hohensteiner Weg 3
15345 Klosterdorf, Tel. 03341-3593930,
info@oekolea.de, www.bildungswerk.oekolea.de

Linkspartei.PDS Eberswalde

Kampf für das Sozialticket

Der neue Vorstand des Stadtverbandes Eberswalde der Linkspartei.PDS hat sich am 11. März auf inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeit verständigt. In der Diskussion dazu standen aktuelle Themen wie das Leitbild für die Waldstadt, das Sozialticket, die Schul- und Kita-Problematiken, das Raumordnungsverfahren für den Ausbau des Flughafens Finow sowie die drohende Privatisierung kommunalen Eigentums im Mittelpunkt.

Die Linkspartei.PDS Eberswalde wird sich aktiv in die Leitbild-Diskussion der Stadt einbringen und in der Lokalen Agenda 21 mitarbeiten. Wir bleiben bei unserem Bekenntnis zu einem maßvollen Ausbau des Flughafens Finow unter Beachtung der Bürgerinteressen und Umweltbelange ohne Einsatz kommunaler Mittel. Wir empfehlen der Stadtfraktion, sich für eine frühzeitige Öffentlichmachung der Stellungnahme der Stadt im Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Flughafens einzusetzen.

Wir fordern die Wiedereinführung des Sozialtickets im Barnim und regen darüberhinaus die Einführung eines solchen Tickets im Rahmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg an. Wir setzen uns dafür ein, daß die Kürzung der Bundeszuschüsse für den Nahverkehr nicht zum Verlust des innerstädtischen Verkehrsangebotes in Eberswalde führt.

Wir wollen gleiche Entwicklungschancen für alle Kinder und setzen uns für die Sicherstellung einer Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis der Eltern ein. Wir wollen sichere Schulwege. Ortsteile wie Sommerfelde oder Spechthausen müssen an das Radwegenetz angeschlossen werden.

Die Linkspartei.PDS Eberswalde setzt sich für den Erhalt kommunalen Eigentums ein und ist besorgt angesichts einer drohenden Privatisierung des Stadtwaldes.

MARIA KAUSCH,

Vorsitzende des Stadtvorstandes

Kreisparteitag der Linkspartei. PDS im Landkreis Barnim

Für das Kommende gut aufgestellt

Am 4. März wählten die Delegierten der Linkspartei.PDS im Landkreis Barnim in der Bernauer Stadthalle den neuen Kreisvorstand sowie drei Delegierte zum Bundesparteitag der Linkspartei.PDS am 29. und 30. April in Halle.

Als Nachfolger des im November 05 aus persönlichen Gründen zurückgetretenen Kreisvorsitzenden Ralf Hoppe hatte Søren-Ole Gemski vor der Eberswalderin Sabine Stüber mit 22 gegen 22 Stimmen die Nase vorn. Der 51jährige Bernauer war bisher stellvertretender Kreisvorsitzender und war nach Hoppes Rücktritt als amtierender Vorsitzender. Zur neuen stellvertretenden Kreisvorsitzenden wurde die Finowfurterin Cordula Steinke mit 49 von 50 abgegebenen Stimmen gewählt. Kreisschatzmeisterin wurde erneut Ulrike Glanz aus Eberswalde. Zum Kreisvorstand gehören Angelika Sperling, Sabine Stüber, Karin Wagner, Christel Zillmann, Hagen Rosenhahn, Dr. Heinz Schäfer und Michael Wetterhahn. Während der z.T. sehr emotional geführten Debatten um die Kandidaturen zog Lutz Kupitz, langjähriges Kreisvorstandsmitglied und ehemaliger Kreisvorsitzender, seine Kandidatur für den Kreisvorstand zurück. Die Delegierten zum Bundesparteitag sind die Monika Braune, Inge Kolodzeike und Søren-Ole Gemski.

Die äußerst rege und teilweise heftige Diskussion beschäftigte sich mit dem Bericht des neuen Vorsitzenden und zwei Anträgen an dem Parteitag. Der Parteitag war ein eindeutiges Votum der Genossen für die Zusammenarbeit mit der WASG. Rainer Heenemann, Gast des Parteitages und Sprecher der Barnimer WASG,

begrüßte den Antrag zur Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Linkspartei und WASG als dem gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit beider Parteien im Landkreis entsprechend. Die gemeinsame Arbeitsgruppe soll ein zusammenfassendes Papier sowohl zu programmatisch inhaltlichen als auch zu statuarisch organisatorischen Fragen erarbeiten.

In der Diskussion meldeten sich 15 Genossen zu Wort, unter ihnen die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann und der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers. Enkelmann berichtete über die ersten 100 Tage Linksfraktion im Bundestag und initiierte eine Spendensammlung für die Bernauer Tafel. Ralf Christoffers beschäftigte sich in seinem Beitrag u.a. mit wirtschaftspolitischen Fragen des Landes und griff in die auf dem Parteitag heftig geführte Debatte um die Kubaresolution ein.

Großen Raum nahmen auf dem Parteitag die Äußerungen einiger Kreistagsabgeordneten der LPDS zur Schulpolitik ein. Mehrere Redner forderten hier eine Neubestimmung der Positionen. Das spiegelt sich auch im Antrag der Wandlitzer Basisgruppen wieder, der vom Parteitag eingehend und auch kontrovers diskutiert und schließlich in etwas modifizierter Form mit Mehrheit angenommen wurde.

In seinem Schlußwort begrüßte der neue Kreisvorsitzende Søren-Ole Gemski die konstruktive und streitbare Diskussion auf dem Parteitag. Er sah die Linkspartei im Landkreis Barnim mit dem neuen Kreisvorstand für die kommenden Aufgaben gut aufgestellt.

SØREN-OLE GEMSKI

Schulbußkosten:

Bildungs-Kleinstaaterei

Die von Carsten Bockhardt (CDU) mit Macht vertretene finanzielle Bestrafung Barnimer Eltern, deren Kinder in Nachbarkreisen zur Schule gehen, treibt die in Deutschland betriebene Kleinstaaterei in Sachen Bildungspolitik auf die Spitze. Diese Strafgebühren sind in keiner Weise sinnvoll. Sie richten sich gegen die betroffenen Eltern und Schüler und würden, falls es wirklich zu Umschulungen in den Barnim käme, für den Kreis viel höhere Kosten verursachen als die Gleichbehandlung aller Eltern. Mit einer Milchmädchenrechnung zu behaupten, es könnten auf diese Weise zwei oder drei Barnimer Schulen erhalten werden, ist abwegig. Die Schüler aufgrund von Lokalpatriotismus zu noch längeren Schulwegen zu zwingen, kann niemand wirklich wollen. Daher sollte mit den Nachbarkreisen eine Einigung über den Verzicht auf »Strafgebühren« erzielt werden.

Die Art und Weise wie der Vizelandrat mit den Änderungsanträgen in dieser Sache im Kreistag umging, werten wir als Affront gegenüber den Abgeordneten. Die Änderungsanträge von Grüne/Freie Wähler und FDP lagen fristgemäß vor. Die Verwaltung hatte also mehr als 4 Arbeitstage Zeit, eine rechtliche Prüfung vorzunehmen. Auch das finanzielle Argument greift nicht. Die durch eine Gleichbehandlung aller Eltern entstehenden Mehrkosten gegenüber der aktuellen Satzung liegen unter 3 % der ohnehin nur grob kalkulierten Einnahmen.

Bündnis 90/Die Grünen rufen die betroffenen Eltern auf, gegen diese Satzung Widerspruch einzulegen und wenn nötig, den Klageweg zu bestreiten. Musterwidersprüche und entsprechende Beschwerdeschreiben stehen auf der Internetseite der Bündnisgrünen unter <http://www.gruene-barnim.de> zur Verfügung.

THOMAS BERG

Fraktionsvorsitzender Grüne/Freie Wähler

Nach Redaktionsschluß traf eine weitere Pressemitteilung der Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler ein, mit der die »sofortige Wiedereinführung des Sozialtickets« gefordert wird.

FORUM mit Katina Schubert

Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei.PDS innenpolitische Sprecherin, persönl. Referentin des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Donnerstag, den 6. April 2006, 18 Uhr,
Treff der Volkssolidarität (Teuteburg)
Schorfheide, Ortsteil Finowfurt.

Katina Schubert spricht über die Arbeit im Bundesvorstand der LPDS, die aktuellen politischen Probleme in Berlin und die Vereinigung der WASG mit der Linkspartei.PDS. Selbstverständlich können auch Fragen gestellt werden. Zu dieser Veranstaltung sind alle interessierten Bürger der Gemeinde Schorfheide herzlich eingeladen.

Basisgruppe Linkspartei.PDS Schorfheide

Hilfe für Maria Magdalena Das Sanierungskonzept

Der Dachstuhl des Kirchenschiffs der Eberswalder Maria-Magdalena-Kirche, das größtenteils um 1876 in seiner heutigen Gestalt mit zwei unterschiedlichen zimmermannsmäßigen Holzkonstruktionen aus Eichenholz errichtet wurde, hält den Anforderungen nicht mehr stand. Probleme scheint dieses Dach auch unseren Vorvätern gemacht zu haben. Offensichtliche Durchbiegungen einzelner Bauteile aufgrund der mangelnden Aussteifung des Daches wurden irgendwie abgestützt, geklammert und ummauert. Dadurch ist die Lastableitung verändert worden und zum großen Leidwesen mehr Schaden als Nutzen entstanden. Die Fußpunkte der Sparren sind durch die entstandene stetige Feuchte stark geschädigt, u.a. wurde ein aktiver Befall durch den Echten Hausschwamm festgestellt. Besonders in den Seitenschiffen weisen alle Kappen Risse von 1 bis 2 mm auf. Im Auflagerbereich der Dachkonstruktion im Chorbereich sind jedoch die größten Schäden zu verzeichnen. Hier ist die Mauerkrone entsprechend vorliegender Begutachtung an allen Fenstern so stark geschädigt, daß hier Risse im Zentimeterbereich vorhanden sind. Im Ergebnis ist klar, daß die Kirche nicht sofort einstürzen wird oder gesperrt werden muß. Aber wer das Außenmauerwerk oder den Chor selbst einmal in Augenschein nimmt, der wird mit Erschrecken die Veränderungen feststellen. Mit Gipsplomben wird derzeit das Vorschreiten der Rißbildung genau beobachtet. Fest steht aber, schnelles Handeln hilft Schlimmeres zu verhindern.

Zur Baugeschichte

Viele Fragen der Baugeschichte der dreischiffigen, kreuzrippengewölbten Pfeilerbasilika des ausgehenden 13. Jahrhunderts liegen noch im Dunkeln. Sie gehört zu den bedeutendsten Stadtpfarrkirchen der Mark Brandenburg. Besonders eindrucksvoll sind die Terrakottareliefs an den Portalen aus der Entstehungszeit der Kirche, insbesondere am großen Westportal. Nach dem Stadtbrand 1499 erfolgten von 1502 bis 1503 sowie später 1726 bis 1728 grundlegende bauliche Veränderungen. Nach der Reformation wurde die St. Maria Magdalena evangelische Stadtpfarrkirche. Umfassend erneuert wurde die Kirche in der Zeit von 1874 bis 1876 unter H. Blankenstein, der den basilikalischen Charakter wiederherstellte und Parallelen zum zeitgleich entstandenen Choriner Klosterkirchenbau, insbesondere im Chor mit den hohen gotischen Fenstern und Maßwerk u.a. unterstrich. Nach Entwurf von G. A. Stüler entstand der heutige gotisierende Turmschluß.

HANNIS-PETER GIERING

Spenden an: Kreiskirchliche Kasse, Kto-Nr.: 3594110004, BLZ 100 900 00, Berliner Volksbank. Zahlungsgrund: »Spende MMK Dach«. Adresse für die Spendenquittung nicht vergessen.

Es geschah vor 40 Jahren

Wer heute den Park des ehemaligen alten Friedhofs von Heegermühle besucht, wird am Fuße des Ehrenmals für die in Finow 1945 umgekommenen Sowjetsoldaten (die Namen sagen aus, daß es nicht nur Russen waren) eine unauffällige Marmorplatte mit den eingravierten kyrillischen Buchstaben: Kapustin, B. W. und Janow, J. N. sowie ein steil nach unten zeigendes Flugzeug finden.

Am 6. April 1966 startete auf dem Flugplatz Finow eine JAK 28, ein zweistrahliger leichter Bomber, zum Übungsflug nach Süden. An Bord der Maschine Hauptmann Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow, beide 34 Jahre alt und verheiratet. Über den Wolken versagte plötzlich die Steuerung. Die Besatzung erhielt vom Boden den Befehl, abzuspringen. Da die Triebwerke noch funktionierten, durchstieß die JAK im Niedergehen die Wolken und die beiden



An dem Trauermeeting im April 1966 nahmen auch zahlreiche Einwohner Finows teil.

Piloten sahen mit Bestürzung, daß sie sich über dichtbesiedeltem Gebiet von Westberlin (Spandau) befand. Kurz entschlossen entschieden die beiden Offiziere, eine Notlandung zu versuchen, um Opfer unter den Bewohnern bei einem unkontrollierten Absturz zu vermeiden. Diese in Sekunden getroffene Entscheidung ergibt sich aus den Funkaufzeichnungen zwischen Maschine und Bodenstation. Die einzige Fläche, auf der eine Notlandung möglich schien, war die Oberfläche einiger Seen.

Doch der Versuch scheiterte, wahrscheinlich aufgrund stärkerer Probleme mit der defekten Steuerung sowie der Form der Seen. Kurz vor der Aufsetzstelle stießen zwei Seen aneinander, an der engsten Stelle verbindet eine hohe Brücke die steil ansteigenden Ufer. Hinter dieser Brücke torkelte die JAK mit geringer Geschwindigkeit aufs Wasser und ging kurz nach 15.30 Uhr etwa 300 m vom Ufer entfernt sofort unter. Augenzeugen berichteten, daß die Maschine in »ca. 1000 m Höhe um ihre Längsachse getrudelt« und dann »mit dumpfen Knall auf die Wasseroberfläche aufgeschlagen« sei. Einige hatten auch den Eindruck, »daß der Pilot noch an Bord war und die Maschine kurz über dem See abzufangen versuchte«. Die Wassertiefe betrug ungefähr 5m.

Es war die Zeit des »kalten Krieges«. Bevor mit der Bergung der Maschine und der Toten begonnen wurde, riegelte britische Militärpoli-

zei das Ufergelände am Stössensee hermetisch ab. Das Interesse der Briten galt mehr dem Typ der Maschine und den vermuteten Spezialausrüstungen. Dafür wurden extra Spezialtaucher aus London eingeflogen. In der Presse wurden sogar Vermutungen geäußert, daß die Maschine Atomwaffen tragen könnte. Am Mittwoch war die Maschine in den See gestürzt, am Donnerstagabend wurde das Rumpfteil mit dem Cockpit, in dem die »eingeklemmten Leichen der beiden Besatzungsmitglieder zu sehen waren«, geborgen. Erst am 14. April wurden die Flugzeugtrümmer der Sowjetarmee übergeben, nachdem man festgestellt hatte, daß es sich um einen Überschalljäger mit Allwettertauglichkeit handelte, der vor allem als Fernaufklärer Verwendung fand.

Im »Tagesspiegel« erschienen mehrere große Berichte dazu. Am 17.4.1966 wurde in einem kleinen Artikel mitgeteilt, daß die Bergungsarbeiten fortgesetzt worden seien und ein geheimer elektronischer Schaltplan gefunden wurde. In anderen Westberliner Zeitungen wurde in Leserbriefen gewürdigt, daß die beiden Sowjetpiloten ihr eigenes Leben geopfert haben, um keine Zivilisten zu gefährden.

Ich möchte das deshalb hervorheben, weil in dieser Zeit verzweifelt nach vier H-Bomben gesucht wurde, die ein US-Bomber vom Typ B 52 acht Kilometer vor der spanischen Küste »verloren« hatte, wie in derselben Ausgabe berichtet wurde.

Vom Finower Flugplatz, auf dem die Maschine stationiert war, wurden die sterblichen Überreste in die Heimatstadt Rostow am Don überführt. Am Trauermeeting nahmen auch viele Finower Einwohner teil.

Die Gedenktafel im Park wurde im Herbst 1979 in Anwesenheit von Waleri Kapustin, der mit 8 Jahren seinen Vater verloren hatte, eingeweiht.

Abschied von sowjetischen Helden



Juri Janow und Boris Kapustin (Ausschnitt aus »Neuer Tag«)

Buxtehuder Gospelchor in der Maria-Magdalena Althaus und die Affen

Am Donnerstag, dem 6. April um 19.30 Uhr gastieren die »St. Paul's Gospel Voices« und ihre Band in der Eberswalder Mara-Magdalena-Kirche. Der vor drei Jahren gegründete große Buxtehuder Gospelchor unter-



nimmt eine viertägige Konzertreise durch Norddeutschland und möchte dabei mit den Mitgliedern des Eberswalder Gospelchor »Westend Gospel Singers« in Kontakt kommen. Beide Chöre werden am 6. April alle Eberswalder Gospelfans mit einem sehr lebendigen Programm begeistern.

Die »St. Paul's Gospel Voices« leben in ihren bekennenden Gospels, die von Freude, Kraft, christlichem Glauben und Hoffnung in Not und Missständen erzählen. In Buxtehude, Hamburg und Umgebung gestaltet der stimmstarke Klangkörper mit seinen Botschaften Gottesdienste, Benefizkonzerte und Feste. Er ist ein fester und sehr beliebter Bestandteil der Buxtehuder Kulturszene und mitreißender Magnet der Paulus-Gemeinde.

Der fast 100 SängerInnen starke Gospelchor unter der musikalischen Leitung von Katrin Götz, die den Chor im August 2002 mit Hilfe des Förderkreises St. Paul's Gospel Voices gegründet hat, erweitert sein Repertoire ständig mit neuen Songs oder belebt länger gesungene Gospel mit neuen Impulsen. Musikerin Katrin Götz hält Augen und Ohren offen nach neuesten Kompositionen europäischer und amerikanischer Gospelgrößen, die, für die St. Paul's Gospel Voices arrangiert, den Chor in der Probenarbeit und schließlich Gottesdienst oder

Konzertbesucher begeistern. Dabei ist der seit 2000 in Buxtehude lebenden und aus Sachsen stammenden Chorleiterin wichtig, Songs in vielfältigen Stilistiken wie Jazz, Funk, Pop und Rock zu arbeiten. Diese Mischung bietet dem Publikum sowie den Mitgliedern der St. Paul's Gospel Voices ein sehr breites interessantes Klang- und Rhythmuspektrum, jeder fühlt sich angesprochen und wird auf Inhalte der Gospelsongs durch einleitende Worte von Matthias Richter, Pastor der Buxtehuder Paulus-Gemeinde eingestimmt. Der Chor übermittelt die Botschaften seiner Songs noch deutlicher durch eine ausgefeilte Choreografie.

Die sehr motivierten St. Pauls Gospel Voices werden von ihrer Band (Karsten Kuhn-sax, Eckehart Fritsch-git, Hannes Kuban-Baß, Wieland Fritsch-drum und Martin Appelles-perc) begleitet. In den drei Jahren seines Bestehens hat sich ein fester Stamm sehr engagierter Solisten etabliert, der sich erweitert und fortbildet. Die St. Paul's Gospel Voices gastieren auf ihrer Tour noch in Ribnitz-Damgarten und beenden ihre Konzertreise in Husum. Der Eintritt zum Konzert in der Maria-Magdalena-Kirche beträgt 7 Euro und 5 Euro ermäßigt. Konzertkarten an der Abendkasse, Einlaß ist um 19 Uhr.

HANNIS-PETER GIERING

Internationaler Frauentag 1

Vertreter des Fachbereiches Verkehr, Bund/Länder des Erwerbslosenausschusses im ver.di Bezirk Uckermark/Barnim sowie der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA Barnim) haben am 8. März mit Filialbesuchen bei LIDL in Eberswalde und Finowfurt ihre Solidarität mit den Beschäftigten vor Ort demonstriert und damit ein deutliches Signal für bessere Arbeitsbedingungen, betriebliche Interessenvertretung und Mitbestimmung im Unternehmen LIDL gesendet.

Gleichzeitig wurde den Verkäuferinnen ein herzliches Dankeschön für ihre unter teilweise prekären Bedingungen geleistete Arbeit ausgesprochen und symbolisch rote Rosen überreicht. Sie wurden motiviert, künftig aktiv ihre gesetzlichen Rechte einzufordern. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und andere gesellschaftliche Gruppen werden auch künftig Partner an ihrer Seite im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen sein.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses, ver.di Bezirk Uckermark/Barnim
MARTIN EHLERS, AfA Barnim

Internationaler Frauentag 2

In jedem Jahr zum 8. März überreichte Bundstagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann Blumen – in diesem Jahr an die Mitarbeiterinnen der Kitas in Bernau-Süd, an die Nutzerinnen von Bus und Bahn, an die Innenstadthändlerinnen oder auch an die Angestellten von McPaper. Ungewöhnlich und sehr interessant war der Besuch bei den Beamtinnen der Polizeiwache Bernau. Aber auch die Bewohnerinnen des Seniorenheimes »Regine Hildebrandt« bekamen eine Blume überreicht. Für alle Frauen mit ihren Freuden und Sorgen hatte Dagmar Enkelmann ein offenes Ohr und fand für jede ein paar nette Worte. Und sie war nicht allein, denn auch die Vertreter der PDS-Fraktion in der SVV Bernau, des Stadtvorstandes sowie der neu gewählte Vorsitzende des Kreisvorstandes der Linkspartei.PDS im Barnim überreichten in den verschiedensten Einrichtungen sowohl an die Mitarbeiterinnen als auch an Bewohnerinnen eine Rose mit den herzlichen Grüßen zum Internationalen Frauentag.

BÄRBEL MIERAU

Hätten die zuständigen Organe der DDR-Volksbildung gewußt, was aus dem Lehrer Althaus nachwendisch mal werden würde – vielleicht hätten sie den famosen Pädagogen doch nicht zum stellvertretenden Direktor für Außer-schulisches (samt Pionier- und FDJ-Arbeit) gemacht und wären auch bei der Behängung mit Orden und Medaillen nicht so großzügig gewesen. Andererseits – der Mann, nunmehr Ministerpräsident im Freiland Thüringen, war nicht nachtragend und verschwieg die Irrungen und Wirrungen der damaligen Schulbehörden lange. Bis stänkersüchtige Journalisten herausfinden, was in den einschlägigen Dokumenten und Unterlagen stand – vom »beispielhaften Einsatz für die sozialistische Schule«, für »die klassenmäßige Erziehung der jungen Generation« und vom »befähigten Leiter sozialistischer Kollektive« war da zu lesen. Nun ist olle Althaus König zwischen Werra und Saale. Und bejuchhut das Merkel wie einst die blauhaarige Gesamtlandesmutter Ost.

Kann man die Kehre im Leben des Kollegen Althaus noch mit bitterem Lächeln hinnehmen – es gibt Charaktere, die unter jeder Flagge nach oben gespült werden, machen ein paar andere Vorkommnisse aus jüngerer Zeit doch stutzen und lassen Zweifel daran zu, ob der Bursche wirklich auf den Chefsessel gehört oder – sprechen wir es aus – nicht doch ins Museum oder in ein Raritätenkabinett.

Althaus nämlich, ausgerechnet Althaus, will nicht vom Affen abstammen. Er bezweifelt die Evolution und schlug sich neulich öffentlich auf die Seite derer, die die schöne Geschichte aus der Heiligen Schrift für bare Münze nehmen, also die Sache mit dem Lehmklumpen und Gottes Odem und der Adamsrippe. Er hat das sofort dementiert, seine Entlastungslüge wurde binnen weniger Stunden entlarvt und dabei kam, undementiert bis heute, gleich mit ans Licht der Sonnen, daß der Träger der »Medaille für Verdienste um die Pionierorganisation« empfohlen hatte, den erzreaktionären Unsinn in die Biologielehrbücher des »Freistaats« Thüringen zu bringen. Eine Aufnahme des geozentrischen Weltbildes samt der Darstellung der Erde als Scheibe steht für die thüringschen Lehrpläne nächstens ins Haus.

Wenn man bedenkt, wes Amtes der Mann mal war, dann kann einem die Ostalgie wahrlich vergehen; wenn man bedenkt, was er heute ist, sollte man an Erfurt denken. Dort gibt es eine ausgezeichnete Klinik für Psychiatrie. Gar nicht weit weg von der Staatskanzlei. S.P.

Praktikant bei Bürgerstiftung

Eberswalde (bus). Die BUS sucht eine kreative, einsatzfreudige und teamfähige Praktikantin (bzw. Praktikanten) mit Interesse an Veranstaltungsorganisation, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit sowie eigenen Ideen zur Weiterentwicklung eines Projektes zur Leseförderung. (E-Mail: kontakt@barnim-uckermark-stiftung.de)

Fokustag in der Goethe-Schule

Eberswalde (bbp). Ein umfangreiches Programm steht auf der Tagesordnung des diesjährigen Fokustages an der Goethe-Oberschule Eberswalde am 11. April. »Die Fokustage der Jahre 2004 und 2005 waren sehr erfolgreich«, schreiben die Schülersprecherin Izabel Horváth und Oberschulrektor Friedhelm Boginski. »Die Erweiterung des Konzeptes des Antirassismustages durch Themen der alltäglichen Problem- und Gedankenwelt der Schüler und Schülerinnen erwies sich als richtig und soll in diesem Jahr erneut fortgeführt werden.« Die Inhalte des dritten Fokustages bilden einerseits Schwerpunktthemen wie Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz oder Gewaltbereitschaft und andererseits die Auseinandersetzung mit Themen wie Eßstörungen, sexueller Mißbrauch, Drogenkonsum und Suchtgefahren. Neben Goetheschülern werden auch in diesem Jahr Schüler anderer Barnimer Schulen sich mit den Themen der 24 Projekte auseinandersetzen.

Dem ersten Themenkreis widmen sich Projekte wie die Diskussionsrunde mit einem Ex-Neonazi »Ich war ganz rechts«, die Aufführung des Theaterstücks der Uckermärkischen Bühnen Schwedt »Hallo Nazi«, der Film »Kroko«, die Buchlesung »Der gute Stern des Janusz K.« mit Ausschnitten aus dem DEFA-Film »Mein blauer Vogel flieg« anlässlich des Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald und der Schülerworkshop zum »Rassismus in Amerika und Deutschland« mit Informationen zum Ku-Klux-Klan und dessen Verbindungen in die Bundesrepublik Deutschland. Selbstverständlich sind alle diese Projekte mit anschließenden Diskussionen verbunden.

Sportlich geht es zu beim Kleinfeldturnier im Fritz-Lesch-Stadion mit Mannschaften der »Schulen ohne Rassismus« und internationaler Beteiligung. Teil der Aktivitäten sind eine Reise in das multikulturelle Berlin nach Kreuzberg, der Besuch eines Flüchtlingsheimes im Barnim und der Trommelworkshop »Trommeln für die Welt«. Workshops zum Gospelgesang, zu Musik- und Bewegungstherapien, zu Mager- und anderen Süchten, Antigewalttraining, zur Erfahrung von Grenzsituationen und vieles mehr gehören ebenfalls zum Programm.

Das Reporterteam der Goethe-Oberschule wird die Projekte begleiten und den Fokustag für die Jugendseite der regionalen Tageszeitung dokumentieren.

Gedenkveranstaltung

Anlässlich der 40. Wiederkehr des Flugzeugunglücks der beiden **Finower Piloten** Boris Wladimirowitsch **Kapustin** und Juri Nikolajewitsch **Janow** führt die Eberswalder Basisgruppe Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft am Denkmal im Stadtpark Finow

am 6. April 2006, um 10 Uhr, eine Gedenkveranstaltung durch. Die beiden damals 34jährigen Sowjetsoldaten verloren ihr Leben, weil sie statt aus ihrer havarierten JAK 28 mit dem Fallschirm abzuspringen, eine Notlandung versuchten.

Sie wollten den Absturz der führerlosen Maschine über dichtbesiedeltem Wohngebiet in Westberlin verhindern (siehe Seite 14).

WALDEMAR HICKEL

Anzeige

2 Jahre Holunderplantage!

3. April 2006



www.vom-klostergarten.de

ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG

NEUE FAXNUMMER

Aufgrund technischer Umstellungen bei unserem FAX-Dienst-Anbieter ist die Redaktion der Barnimer Bürgerpost ab sofort nur noch über folgende neue FAXNUMMER erreichbar:

0 18 05 / 55 12 26 11 60

Der bisherige FAX-Anschluß wurde abgeschaltet.

GERD MARKMANN

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Finowkanalfest

Eberswalde (prest-ew). Das Finowkanalfest findet in diesem Jahr am Wochenende vom 8. bis 10. September im Familiengarten statt.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 55 122 611 60

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv Berus (2), Giering (1)
Annelie Markmann (1), Triller (4)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 25. März 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22.4.2006, 12 Uhr.